

...ich werde  
trotzdem  
hoffentlich  
auf dem  
Posten  
sterben.

**Rosa Luxemburg in  
der deutschen Revolution**

Eine Chronik

UWE SONNENBERG  
JÖRN SCHÜTRUMPF

ROSA LUXEMBURG

**Rosa Luxemburg in  
der deutschen Revolution**  
Eine Chronik

UWE SONNENBERG  
JÖRN SCHÜTRUMPF



# VORWORT

Über die Revolutionstage 1918/19 schrieb Mathilde Jacob, die engste Vertraute von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches: «Rosa tat nichts, ohne seinen Rat gehört zu haben, sie hatten fast täglich politische Aussprachen miteinander ...» Ursprünglich waren Rosa Luxemburg und Leo Jogiches auch privat liiert gewesen, politisch blieben sie bis zu Rosa Luxemburgs Ermordung am 15. Januar 1919 nicht nur ein Tandem, sondern auch eine Ausnahme: Unter den führenden Köpfen der Spartakusgruppe waren beide die einzigen mit Erfahrungen aus einer Revolution. 1905/06 hatten sie sich im russisch besetzten Teil Polens in die Auseinandersetzungen gestürzt und Analysen des Erlebten angefertigt.

Nach Deutschland war davon allerdings nur Rosa Luxemburgs Forderung nach dem Instrument des Massenstreiks als politischer Waffe, nicht zuletzt zur Abwendung von Kriegen, gelangt. Alle anderen die Revolution bilanzierenden Texte waren auf Polnisch erschienen und in den postrevolutionären Jahren der Depression selbst von den dortigen Anhängern Rosa Luxemburgs kaum zur Kenntnis genommen worden.

Rosa Luxemburg wusste, dass dann, wenn sich die Kräfte des ersten Ansturms erschöpfen, jede Revolution unvermeidbar einen Rückschlag erfährt. In der Analyse der russischen Revolution von 1905/06 war sie zu der Auffassung gelangt, dass dieser Rückschlag umso geringer ausfällt, desto weiter die Revolution von einer politischen zu einer sozialen Umwälzung vorangetrieben wird. Die konterrevolutionäre Seite sollte so weit unter Druck gesetzt werden, dass sie einen sicheren Kompromiss – mit Rechtsstaat und parlamentarischer Demokratie – einem unsicheren Triumph vorzog.

Deshalb beabsichtigte Rosa Luxemburg, mit dem am 11. November 1918 neu begründeten Spartakusbund die deutsche Revolution maximal in Richtung Sozialismus zu treiben, quasi also der konterrevolutionären Seite «die Instrumente zu zeigen». Doch in der Praxis blieb das alles graue Theorie; die Wirklichkeit sah anders aus: Das Kräfteverhältnis innerhalb der Gesellschaft stand gegen jegliches Weitertreiben der Revolution. Aus einer Arbeiterschaft, die wenige Wochen zuvor eher willig als unwillig einem Militärdiktator wie Erich Ludendorff gefolgt war, war nicht über Nacht eine Anhängerschaft des Sozialismus geworden.

Rosa Luxemburg wusste um die politischen Kräfteverhältnisse, ein kurzfristiger Übergang zum Sozialismus erschien ihr daher illusorisch. An diesem Punkt ist sie zumeist missverstanden worden.

Als Rosa Luxemburg am 8. November 1918 die Nachricht über ihre Haftentlassung erhielt, hatte sie noch 68 Tage zu leben. In dieser Zeit gelang es ihr kaum noch, Einfluss auf die Revolution zu nehmen, während sie, der Spartakusbund und später die KPD mehr und mehr zur Projektionsfläche wurden; zu einem halluzinierten Bolschewiki-Ersatz aller politischen Lager, die um jeden Preis zu verhindern suchten, dass sich die Novemberrevolution in Richtung einer sozialen Revolution weiterbewegte. Die Hegemonie in der Revolution lag von Anfang an in den Händen der SPD-Führung und blieb dort, bis das bürgerliche Deutschland sich auf die neue Situation eingestellt hatte und es der SPD nicht mehr bedurfte. Rosa Luxemburg blieb nichts weiter übrig, als vom ersten Tag an vor dieser Entwicklung der Revolution zu warnen.

Die vorliegende Chronik ist aus den Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin rund um den 100. Jahrestag der Novemberrevolution hervorgegangen. Über Social Media und auf einer eigenen Webseite konnte jeden Morgen auf Deutsch und Englisch nachgelesen werden, was tagesaktuell vor 100 Jahren geschah. Die Einträge sind hier erstmals zu einem Text zusammengefasst. Erzählt werden die letzten Tage im Leben von Rosa Luxemburg entlang von zwei Strängen:

○ **Die private und öffentliche Rosa Luxemburg mit ihren Begegnungen und in ihren Auftritten, anhand von Primärquellen und Spuren aus der Sekundärliteratur;**

○ **Ihr Wirken eingebettet in das allgemeine Revolutionsgeschehen, mit dem Zentrum Berlin – wobei weder der Anspruch verfolgt wird, das Revolutionsgeschehen umfassend darzustellen, noch eine tiefere Interpretation der einzelnen Ereignisse zu bieten.**

Für die gedruckte Ausgabe wurden die einzelnen Einträge durchgesehen und zum Teil stilistisch leicht angepasst. Für ihre große Hilfe bei der Erstellung der Chronik möchten wir uns ganz herzlich bei Nora Weiler, Alina Voinea, Hannah Wagner und Heike Schmelter sowie dem Karl Dietz Verlag für die zur Verfügung gestellten Bilder bedanken.

**Uwe Sonnenberg**  
**Jörn Schütrumpf**  
Berlin, September 2020





**CHRONIK**



# 8.11.1918



## **ROSA LUXEMBURG**

Seit 852 Tagen in militärischer «Schutzhaft».



## **REVOLUTIONÄRE ERHEBUNGEN IM REICH**

Die Meuterei von Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel hat sich seit dem 3. November in einen Aufstand verwandelt. Vor allem entlang der Bahnstrecken versuchen die Revolutionäre, ihn ins Landesinnere zu tragen. In zahlreichen Städten übernehmen eilig gegründete Arbeiter- und Soldatenräte die wesentlichen Funktionen des vor ihren Augen zusammenfallenden Regimes. Auf dem herzoglichen Schloss in Braunschweig weht die rote Fahne. In München besetzt eine gewaltige Demonstration den Landtag. Von dort aus erklärt Kurt Eisner (USPD) noch in der Nacht zum 8. November Bayern zum Freistaat. Er wird Chef einer Regierung aus SPD und USPD und verspricht: «Eine neue Zeit hebt an.» Das Schicksal der Revolution aber wird in Berlin entschieden, wohin nun auch die wenigen noch als zuverlässig geltenden Bataillone entsendet sind.



## **AUFSTANDSPÄNE FÜR BERLIN**

Aufgrund des militärischen Belagerungszustandes ist Berlin weitestgehend von der Außenwelt abgeschnitten. Die Lage in der Stadt gilt zwar als vergleichsweise ruhig, Revolutionäre Obleute und die wenigen sich noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Spartakusgruppe basteln aber seit Wochen an umfassenden Aufstandsplänen. Angesichts der Erhebungen im Reich drängen in den Versammlungen immer mehr Vertreter zur Aktion. Einige wenige Waffen sind verteilt, der konkrete Termin zum Losschlagen aber wird immer wieder verschoben – zuletzt auf den 11. November. Als im Laufe des Tages mit Ernst Däumig (USPD) jedoch ein führender Vertrauensmann mitsamt schriftlich ausgearbeiteter Aufstandspläne verhaftet wird, beschließt der Vollzugsausschuss der Revolutionären Obleute zusammen mit dem Vorstand der USPD, die Berliner Arbeiter bereits für den kommenden Tag zum Losschlagen aufzufordern.





## **BENACHRICHTIGUNG ÜBER DIE HAFTENTLASSUNG**

Rosa Luxemburg war in ihrem Leben wegen «Majestätsbeleidigung» und «Aufforderungen zum Ungehorsam» schon oft verhaftet worden. Zuletzt nahm die Militärdiktatur sie «zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches» in «Schutzhaft» – erst in Berlin, dann in Wronke, bis sie nach Breslau (Wroclaw) verlegt wurde. Ihre Freundin Mathilde Jacob reiste ihr nach, versorgte sie mit dem allernotwendigsten und hielt von dort aus zugleich den Kontakt mit der Spartakusgruppe aufrecht. Rosa Luxemburg bleibt auch im Gefängnis wichtigster Kopf der von ihrem alten Weggefährten Leo Jogiches organisatorisch zusammengehaltenen Gruppe. Sie macht sich Gedanken über die unmittelbar anstehenden Aufgaben in einer nicht mehr fernen revolutionären Zukunft, sie pflegt ihr Herbarium und ansonsten, so schreibt sie am 14. September 1918 in einem Brief, «sitze, arbeite, lese und – warte» sie. Die Benachrichtigung über ihre Haftentlassung erhält Rosa Luxemburg am 8. November so spät am Abend, dass sie freiwillig noch eine Nacht im Gefängnis verbringt. Zuvor aber hinterlässt sie dem Breslauer SPD-Vorsitzenden Paul Löbe eine Nachricht, in der sie ihm anbietet, nun jederzeit zur Verfügung zu stehen. Sie findet es «unbedingt notwendig», sich vor der für den folgenden Tag in Breslau geplanten Demonstration abzusprechen.



# **9.11.1918**



## **REVOLUTION IN BERLIN**

Am Morgen verteilen Revolutionäre Obleute und Spartakusgruppe Tausende Flugblätter mit dem Aufruf zum Generalstreik. Wie erhofft, formieren sich in den Großbetrieben riesige Demonstrationzüge auf dem Weg in die Innenstadt und zu den Militärkasernen, wo sich zahlreiche Soldaten verbrüdern. Regierungsgebäude und -ämter werden besetzt, Gefängnisse gestürmt. Umlagert von Tausenden Arbeitern wird das Polizeipräsidium übergeben. Die SPD-Spitze, die sich lange noch gegen den General-



Rosa Luxemburg wurde während des Ersten Weltkrieges im Frauengefängnis Barnimstraße (1915/16, hier im Bild), in der Festung Wronke (1916/17) und im Breslauer Gefängnis (1917/18) festgehalten.



streik gesträubt hat, stellt sich nun aber an seine Spitze. Leitende Parteifunktionäre gründen eigene Arbeiter- und Soldatenräte. Ohne weitere Autorisierung verkündet Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung Kaiser Wilhelm II. und überträgt die Kanzlerschaft auf Friedrich Ebert (SPD). Gegen 14 Uhr proklamiert Philipp Scheidemann (SPD) aus einem Fenster des Reichstagsgebäudes die «deutsche Republik». Etwa zwei Stunden später ruft Karl Liebknecht (Spartakusgruppe) die «freie sozialistische Republik» aus.

### **TELEFONGESPRÄCH MIT MATHILDE JACOB**

Am Vormittag erreicht Rosa Luxemburg ihre langjährige Sekretärin Mathilde Jacob telefonisch in Berlin. Sie berichtet ihr von der Haftentlassung, darüber, dass sie jetzt unbedingt ins Revolutionsgeschehen eingreifen wolle, aber noch in Breslau festsetze. Jacob solle sie nun ständig über die Lage informieren. Bis sie Breslau verlassen könne, werde sie erst einmal bei der Familie Schlich unterkommen, die sich vor Ort schon seit Monaten um das Wohl von Rosa Luxemburg gekümmert hat.

### **AUF DEM BRESLAUER DOMPLATZ**

Nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis trifft Rosa Luxemburg den örtlichen SPD-Vorsitzenden Paul Löbe. Sie wollen sich für die im Laufe des Tages geplante Demonstration abstimmen. Auch in Breslau rumort es. Rosa Luxemburg hält dann auf dem Domplatz vor einer riesigen Menschenmenge eine nicht überlieferte Rede. Ihren Auftritt in der 10.000 Personen fassenden Breslauer Jahrhunderthalle verhindert Paul Löbe allerdings. Im Anschluss an die Demonstration gelingt es Rosa Luxemburg nicht, ihre Reise nach Berlin anzutreten. Wegen der vielen Truppentransporte ist der Zugverkehr für Zivilreisende eingestellt. Sie verbringt auch diese Nacht noch in Breslau.

### **NACHT IM BERLINER REICHSTAG**

Führende Vertreter der USPD beraten das Angebot der SPD-Spitze, in eine gemeinsame, paritätisch besetzte Revolutionsregierung einzutreten. Gefragt, ob er persönlich dazu bereitstehen würde, lehnt Karl Liebknecht ab. Gegen eine derart besetzte Revo-

lutionsregierung ergreift auch Richard Müller von den Revolutionären Obleuten die Initiative. Er ruft alle Arbeiterinnen und Arbeiter für den kommenden Tag auf, in den Fabriken Räte zu gründen. Später mögen sie zu einer Vollversammlung zusammenkommen, um eine Regierung zu bilden. Die Parteispitze der SPD lässt daraufhin ebenfalls Flugblätter in hoher Auflage drucken, durch die alle Truppen, die auf sozialdemokratischem Boden stehen, aufgefordert sind, Soldatenräte zu wählen.

## 10.11.1918

### ERSTE REAKTIONEN

Es ist «die größte aller Revolutionen», schreibt euphorisch Theodor Wolff, Chefredakteur des einflussreichen *Berliner Tageblatts*. Wie ein «plötzlich losbrechender Sturmwind» habe sie «das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazugehörte, gestürzt». Während der sozialdemokratische *Vorwärts* demgegenüber mit der Einheitsparole titelt, nach dem beispiellosen «Sieg» des deutschen Volkes und «insbesondere auch des Berliner Proletariats» nun keinen «Bruderkampf» zu wollen, zieht die *Rote Fahne* ganz klar ihre rote Linie: «Es darf kein Scheidemann mehr in der Regierung sitzen, es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.» Die im und durch den Ersten Weltkrieg gezogenen Gräben innerhalb der Linken sind nicht so einfach zu überwinden.

### VORMITTAGS IM REICHSTAG

Im Berliner Reichstag verhandeln die Spitzen von SPD und USPD weiter über eine gemeinsame Regierung. Angesichts der kaum beherrschbaren Dynamik der Ereignisse unter Zugzwang geraten, ist Friedrich Ebert nun bereit, der USPD sehr weitreichende Zugeständnisse zu machen. Zwischenzeitlich bietet er ihr sogar eine Alleinregierung an. Gegen Mittag liegt eine vorläufige Vereinbarung auf dem Tisch, die die Bildung ei-

nes Kabinetts aus sechs gleichberechtigt arbeitenden «Volkskommissaren» vorsieht: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg für die SPD und Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Emil Barth für die USPD.

## **VOLLVERSAMMLUNG DER BERLINER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE**

Zum späten Nachmittag kommen im Circus Busch rund 3.000 Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zusammen. Als Rat der Volksbeauftragten bestätigen sie die zuvor im Reichstag zusammengestellte provisorische Regierung. Besetzt mit je sieben Vertretern der SPD und USPD sowie mit 14 Soldaten wählen sie zudem einen Vollzugsrat, der Exekutivgewalt für die gesamte Republik ausüben soll. Den Vorsitz dafür übernehmen Richard Müller und kurzzeitig auch Hauptmann a. D. von Beerfelde. Während Ebert und Haase für ihre Reden großen Beifall erhalten, erregt Karl Liebknecht Unmut, als er vor einer Gegenrevolution warnt, die sich – mit Blick auf Spitzenfunktionäre der SPD – bereits mitten im Raume befinde. Mehrheitlich abgelehnt wird auch Emil Barths Vorschlag, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in den Vollzugsrat zu wählen. Die Versammlung verabschiedet schließlich den «Aufruf an das werktätige Volk» und erklärt Deutschland damit zu einer sozialistischen Republik, in der Arbeiter- und Soldatenräte die Träger der politischen Macht seien.

## **ROSA LUXEMBURG ERREICHT BERLIN**

Gerüchteweise würden Züge aus Breslau nun bis Frankfurt (Oder) weitergeleitet werden. Um ihr entgegenzukommen, besorgen Rosa Luxemburgs Freunde in Berlin ein Auto. Es hat aber gleich zu Beginn der Fahrt eine Panne. Wie Mathilde Jacob berichtet, requiriert der Kunsthistoriker Eduard Fuchs daraufhin in Militärdepots zwei weitere Autos, die sich aber als ebenso unbrauchbar erweisen. Als Jacob, Fuchs und ihre etwa 15-köpfige Begleitmannschaft nach fünf Stunden noch immer nicht über Berliner Vororte hinaus sind, brechen sie ihr Vorhaben ab. Rosa Luxemburg ist unterdessen in einen völlig überfüllten Zug aus Breslau eingestiegen, der zur Überraschung bis nach Berlin durch- und gegen 22 Uhr im Schlesischen Bahnhof (heute: Ostbahnhof)

Matrosen vom Linienschiff «Prinzregent Luitpold» an Deck des Schiffes mit der Tafel  
«Soldatenrat Kriegsschiff Prinzregent Luitpold. Es lebe die sozialistische Republik.»

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-J0908-0600-002/CC-BY-SA 3.0



einführt. Fast drei Jahre im Gefängnis haben sie altern lassen. Ihre einst tiefschwarzen Haare sind weiß geworden. Rosa Luxemburg wirkt noch gebrechlicher, als sie es aufgrund ihres Hüftleidens zuvor bereits tat. Zwanzig Jahre nach ihrer ersten Ankunft in Berlin ist sie zurückgekommen: direkt in die von ihr seit Langem ersehnte und erwartete Revolution.

### **RINGEN UM DIE ROTE FAHNE (I)**

Direkt nach ihrer Ankunft in Berlin trifft sich Rosa Luxemburg mit Mathilde Jacob. Sie gehen zum Scherl-Verlag. Ein bewaffneter Trupp von Arbeitern hat ihn am Vortag besetzt, damit dort (statt des *Berliner Lokal-Anzeigers*) die *Rote Fahne* erscheinen kann. Nun aber verweigert sich das Personal. Dem Zeugnis von Hermann Duncker (Spartakusgruppe) zufolge habe Luxemburg dann «eine so eindringliche und leidenschaftliche Rede» gehalten, dass die zweite Nummer des Organs der Spartakusgruppe in Druck gehen konnte. Im Anschluss begeben sich Leo Jogiches, Paul Levi, Karl Liebknecht, Ernst Meyer zusammen mit Rosa Luxemburg zu weiteren Beratungen ins Hotel Excelsior gegenüber dem Anhalter Bahnhof. Dem Vernehmen nach wird Karl Liebknecht für seine am Vortag geäußerte Bereitschaft kritisiert, in die Revolutionsregierung einzutreten.

### **EBERT-GROENER-PAKT**

Jahre später erst wird bekannt werden, dass Generalleutnant Wilhelm Groener (Oberste Heeresleitung) und Friedrich Ebert am Telefon noch in dieser Nacht darüber konferieren, wie in Zukunft im Reich die «Ordnung» gegen ein Weitertreiben der Revolution aufrechterhalten werden könne. In dem Gespräch geht es nicht nur um konkrete Fragen der Demobilisierung der Truppen. Groener verspricht Ebert zugleich die Anerkennung durch die alten Militärs, wenn Ebert sich gegen jede Form des «Bolschewismus» starkmache. Ein für den weiteren Revolutionsverlauf verhängnisvolles Bündnis ist geschlossen.

# 11.11.1918



## EIN PRIVATTELEGRAMM

Der sozialdemokratische *Vorwärts* vermeldet in seiner Montagsausgabe Rosa Luxemburgs Haftentlassung mit knappen, aber gut informierten Worten: «Nach einem Privattelegramm aus Breslau befindet sich Rosa Luxemburg seit Sonnabend [= 9. November] früh 9 Uhr in Freiheit.»



## DER WAFFENSTILLSTAND VON COMPIÈGNE

Die Novemberrevolution war in ihrem Ursprung und in ihrem Kern vor allem eine Kriegsbeendigungsrevolution. Als Leiter der deutschen Delegation unterzeichnet der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger mittags in einem Eisenbahnwaggon bei Compiègne einen Waffenstillstand. Das millionenfache Morden des Ersten Weltkrieges hat ein Ende. In Berlin läuten die Glocken. Es beginnen komplizierte Verhandlungen über die Nachkriegsordnung, die eine neue Weltordnung sein wird.



## GRÜNDUNG DES SPARTAKUSBUNDES

Bei ihren Beratungen im Hotel Excelsior kommt die sogenannte Spartakusgruppe zu einem Treffen erstmals legal zusammen. In Berlin kann sie auf etwa 50 Anhänger zählen. Sie beschließt, sich als Spartakusbund neu zu gründen, betrachtet sich aber nicht als eigenständige Partei. Gemäß auch den Auffassungen von Rosa Luxemburg will der Bund so lange wie möglich im organisatorischen Rahmen der USPD verbleiben, um sie für das eigene, allerdings noch zu entwickelnde Programm zu gewinnen. Luxemburg und Liebknecht sollen in Zukunft die Leitung der *Roten Fahne* übernehmen. Die 13-köpfige Zentrale des Spartakusbundes bilden Willi Budich, Käte und Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Leo Jogiches, Paul Lange, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer. Ihre Arbeit wird sie im Hotel Stadt Halle (Wilhelmstraße 114) aufnehmen.



## **GRÜNDUNG DER VOLKSMARINEDIVISION**

Mit der Volksmarinedivision gründet sich in Berlin ein weiterer wichtiger und für das Revolutionsgeschehen in den kommenden Wochen zentraler Akteur. In der Volksmarinedivision versammeln sich viele der revolutionären Matrosen – «meist Berliner Familienväter, die sich auf Urlaub befinden» (Richard Müller). Sie bestimmt ihre Befehlshaber selbst. Erster Kommandant wird der Obermaat Paul Wiczorek. Einquartiert im Berliner Schloss, übernimmt sie zunächst die Bewachung wichtiger Gebäude im Stadtzentrum.

## **RINGEN UM DIE ROTE FAHNE (II)**

Um den Erscheinungsort der *Roten Fahne* wird weiter gerungen. Konnte Rosa Luxemburg mit ihrer Ansprache tags zuvor noch den Druck der zweiten Ausgabe retten, so weigert sich nun nicht nur das Personal des gekaperten Verlages. Offenbar haben – bestochen durch den Verlagsleiter – auch die zum Schutz der Revolutionäre bestellten Soldaten ihre Meinung geändert. Paul Levi ist Zeuge der Situation und beschreibt die Szene Jahre später eindrücklich als einen für die deutsche Revolution 1918/19 «fast symbolischen Akt».

## **KEINE EROBERUNG DES STAATSAPPARATES**

Als eine der ersten Amtshandlungen beauftragt der Rat der Volksbeauftragten alle Staatssekretäre und Chefs der Reichsbehörden, ihre Geschäfte weiterzuführen. Selbst die Oberste Heeresleitung, die mit ihrer Kriegführung nicht nur die gegnerischen Staaten, sondern auch Deutschland ins Elend gestürzt hat, wird vom Rat der Volksbeauftragten anerkannt und die Unterordnung der Soldaten unter die Offiziere wieder hergestellt.

# 12.11.1918

## ○ EIN ERSTES REGIERUNGSPROGRAMM

Der Rat der Volksbeauftragten verkündet in Berlin sein erstes Regierungsprogramm. Es gewährt neue bürgerliche Freiheiten und erfüllt mit seinen Reformen langjährige Forderungen der Arbeiterbewegung. Spätestens zum 1. Januar 1919 soll «der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten». Ab sofort gelte freies Vereins- und Versammlungsrecht, finde keine Zensur mehr statt und gebe es Freiheit auch in der Meinungsäußerung wie in der Religionsausübung. Zugleich wird das Dreiklassenwahlrecht abgeschafft und das aktive und passive Wahlrecht auch für Frauen eingeführt. Das Programm enthält Absichtserklärungen zur Sicherstellung der Ernährung, zur Unterstützung von Arbeitslosen und zum Wohnungsbau. Das Eigentum aber werde nicht angetastet. Konkrete sozialistische Ziele sind nicht benannt.

## ○ ÜBER DIE ERSTEN REVOLUTIONSOPFER IN BERLIN

Der politische Umsturz in Berlin vollzieht sich weitgehend friedlich. Dennoch sind Tote zu beklagen, 15 bislang. Das erste Opfer war Erich Habersaath, ein 24-jähriger Werkzeugmacher, aktiv in der sozialistischen Jugendbewegung. Am Vormittag des 9. November befand er sich in den vorderen Reihen einer Demonstration vor der «Maikäferkaserne» (Chausseestraße), als ein Offizier in die Menge schoss. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte beschließt, die Opfer der Revolution würdig zu bestatten. Als ihre letzte Ruhestätte wählt er den Friedrichshainer Friedhof der Märzgefallenen – ein symbolträchtiger Ort, an dem bereits die bei den Barrikadenkämpfen der 1848er Revolution Getöteten bestattet wurden.

## ○ RINGEN UM DIE ROTE FAHNE (III)

In dem Ringen um die *Rote Fahne* stellt sich der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte auf die Seite des Spartakusbundes. Er verpflichtet den Scherl-Verlag, «die täglich erscheinende Zeitung *Die Rote Fahne* unter der Redaktion von Frau



R. Luxemburg (Vertreter E. Meyer) zu drucken und die für die Herstellung und Verbreitung erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen». Die Verfügung ist gezeichnet vom Vorsitzenden des Vollzugsrates Richard Müller. Sie führt aber nicht dazu, dass die Setzer und die Verlagsangestellten ihre Arbeit wieder aufnehmen. Der *Berliner Lokal-Anzeiger* erhofft sich nun mit einer Beschwerde beim Rat der Volksbeauftragten Abhilfe.

### NEUE MEDIEN

Rosa Luxemburg beginnt mit den Planungen für die Herausgabe der theoretischen Wochenschrift *Die Internationale*. 1915 ist sie nach ihrer ersten Nummer eingestellt worden. Sie plant spezielle Blätter für Jugendliche und Frauen, eine Soldatenzeitung und denkt auch über die Schaffung einer besonderen Abteilung für Propaganda in der Armee nach. Für die Arbeit der Frauen-, Jugend- und Soldatenagitation zieht sie Hermann und Käte Duncker heran. Beide zählen zu ihren engsten Vertrauten.

### LEGIONÄRE IM ANMARSCH

Polnische Legionäre sind im Anmarsch auf das von Preußen annektierte Posen. Die Auseinandersetzungen mit der polnischsprachigen Mehrheit steigern sich in den nächsten Wochen bis zum sogenannten Großpolnischen Aufstand (ab 27. Dezember 1918), der auch die Provinz erfasst und zur Angliederung Posens sowie großer Teile der preußischen Provinz Posen an den wieder entstandenen polnischen Staat führt.

# 13.11.1918

### DER SPARTAKUSBUND Zieht UM

Für das Zentralbüro des Spartakusbundes werden die Räume im Hotel Stadt Halle zu klein. Zudem missfällt dem Besitzer der viele Trubel. Die Zentrale zieht deswegen weiter in die Friedrichstraße 217, wo bis wenige Monate zuvor noch die russische Te-

legraphenagentur ROSTA ihren Sitz hatte. Die Redaktion der von Rosa Luxemburg geleiteten und noch nicht wieder erscheinenden *Roten Fahne* bleibt vor Ort.

## **KOMMANDANT DER VOLKSMARINEDIVISION ERSCHOSSEN**

Obermaat Paul Wiczorek hatte am 9. November die Besetzung des Militärflugplatzes Johannisthal und die Entwaffnung des Stabes des Militärfliegercorps geleitet. Am 11. November lud er zu der Versammlung in den Berliner Marstall, bei der sich die Volksmarinedivision gründete. Sie bestimmte ihn zugleich zu ihrem ersten Kommandanten. Bei dem zwei Tage später unternommenen Versuch, die Unabhängigkeit der Division zu beschneiden, schießt Korvettenkapitän Friedrich Brettschneider Wiczorek nieder – und wird im Anschluss selbst gelyncht. Neuer Kommandant der Volksmarinedivision wird der Matrose Otto Tost. Als Gewerkschaftsaktivist war der Metallarbeiter Anfang des Jahres bereits in die Vorbereitungen zum Januarstreik 1918 eingebunden.

## **NEUE REGIERUNGEN IM LANDE**

Neue Regierungen bilden sich in diesen Tagen überall im Lande. In Bremen übernimmt ein Aktionsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates aus USPD und Linksradikalen die Regierung, während der alte Senat weiter als Verwaltungsleitung amtiert. Ein Rat von Volksbeauftragten aus SPD und USPD löst in Dresden die königlich-sächsische Regierung ab, ebenso eine neue Volksregierung den Großherzog von Mecklenburg, der nach Dänemark emigriert. Nachdem ihn der Gothaer Arbeiter- und Soldatenrat absetzte, erklärt nun auch Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg seinen Rücktritt. Als Einziger leistet Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont keinen Thronverzicht, weil er auf das Ergebnis einer diesbezüglichen Volksabstimmung warten will.

# 14.11.1918

## TELEGRAMM AN CLARA ZETKIN

An ihre langjährige Freundin und Mitstreiterin telegraphiert Rosa Luxemburg nach Stuttgart: «Tausend Grüße. Reise für mich rein unmöglich. Kann Deine Reise nicht auf mein Gewissen nehmen. Bin absolut gegen Deine Reise. Drahtantwort, ob Eilbriefverständigung möglich oder ob etwa [Paul] Levi hinkommen soll. Kuß und Gruß. Antwort und Briefe an Mathilde [Jacob]. Ich versuche, Dich telefonisch zu erreichen. Rosa».

## DER RAT GEISTIGER ARBEITER

Eine Woche schon gründen sich vielerorts Arbeiter- und Soldatenräte. Gemäß dem Aufruf an das werktätige Volk basiert die neue sozialistische Republik auf ihrer politischen Macht. Nun kursieren Aufrufe, auch weitere Räte zu bilden. Von Theologen für «Volkskirchenräte» zum Beispiel und eine evangelische Kirche, die unabhängig vom Staat agiere. Auch ein «Rat der Deserteure» ist gebildet. Maßgeblich durch Kurt Hiller inspiriert, fand sich in Berlin ebenso ein «Rat geistiger Arbeiter» zusammen. Das von ihm nun veröffentlichte Programm fordert unter anderem bedingungslose Friedenspolitik, «Freiheit des Geschlechtslebens» und eine «radikale Reformation der öffentlichen Erziehung». «Hand- und Kopfarbeitern» gebühre der volle Ertrag, kapitalistische Unternehmen sollten in «Arbeiterproduktivgenossenschaften» umgewandelt werden. «Leitstern aller künftigen Politik» habe die «Unantastbarkeit des Lebens» zu sein. Das vollständige Programm wird später auch in der *Weltbühne* abgedruckt.

## DIE NEUE SPIELZEIT BEGINNT

In Berlin sind Schauspielhaus und Oper nunmehr verstaatlicht. Sie eröffnen an diesem Tag ihre neue Spielzeit mit Lessings Aufklärungstück «Nathan der Weise» bzw. Richard Wagners «Die Meistersinger von Nürnberg».

# 15.11.1918

## ○ **DIE FREIHEIT ERSCHEINT**

Als Organ der Berliner USPD erscheint die erste Ausgabe der Tageszeitung *Die Freiheit*. Leitender Redakteur ist provisorisch zunächst Siegfried Nestriepke. Als Feuilletonredakteur hat er zuvor bereits für mehrere sozialdemokratische Zeitungen gearbeitet, unter anderem für den *Vorwärts*. Zum Ende des Jahres wird Rudolf Hilferding die Chefredaktion übernehmen. Er hat früher an der SPD-Parteischule Nationalökonomie unterrichtet und war als politischer Redakteur und Schriftleiter ebenfalls für den *Vorwärts* tätig.

## ○ **DAS STINNES-LEGIEN-ABKOMMEN**

Im Hotel Continental unterzeichnen der Großindustrielle Hugo Stinnes und der Gewerkschaftsführer Carl Legien ein Abkommen «für die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands». Ihre Vereinbarung bestätigt den vom Rat der Volksbeauftragten in Aussicht gestellten Acht-Stunden-Tag, sichert die Koalitionsfreiheit für Arbeiterinnen und Arbeiter und erkennt Gewerkschaften erstmals als gleichberechtigte Verhandlungs- und Tarifpartner von Arbeitgebervertretern an. In Zukunft soll ein paritätisch besetzter Zentralausschuss über alle grundsätzliche Fragen entscheiden. Eine solche Form der Sozialpartnerschaft macht die «Expropriation der Expropriateure» (Karl Marx) natürlich ungleich schwerer. Eine Woche nach der Revolution stabilisiert das Abkommen den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.



## 16.11.1918

### TELEFONAT MIT CLARA ZETKIN

Rosa Luxemburg bekräftigt in einem Telefonat mit Clara Zetkin ihre wie auch die Auffassung von Leo Jogiches, dass der Spartakusbund vorerst noch in der USPD verbleiben und keine selbstständige Partei bilden sollte. Ein Austritt aus der USPD würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt für zu große Unruhe sorgen.

### DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE PARTEI

Im *Berliner Tageblatt* erscheint ein vom Chefredakteur Theodor Wolff verfasster Aufruf zur Gründung einer neuen demokratischen Partei. Den Aufruf unterstützten 60 namhafte Persönlichkeiten, darunter Albert Einstein. Vier Tage später wird die Deutsche Demokratische Partei (DDP) formal von Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei und des liberalen Flügels der Nationalliberalen Partei geschaffen. In ihr findet sich mehrheitlich das linksliberale, zur Verteidigung der Republik bereite Bürgertum wieder. Die DDP wird Teil der sogenannten Weimarer Koalition werden.

## 17.11.1918

### BRIEF VON CLARA ZETKIN

Clara Zetkin ist glücklich, am Telefon endlich wieder Rosa Luxemburgs Stimme gehört zu haben. Gerne würde sie sich mit ihr noch ausführlicher über das Revolutionsgeschehen austauschen können. In einem Brief schildert sie ihre Sicht auf die Ereignisse, berichtet von den politischen Entwicklungen in Württemberg und ist erleichtert, sich mit Luxemburg einer Meinung zu wissen, dass der Spartakusbund weiterhin – und zwar mit «unbeugsamer grundsätzlicher Kritik» – Teil der USPD bleiben solle. Auch wenn Zetkin lieber bei Luxemburg in Berlin wäre, nimmt sie sich vor, nun

stärker am «politischen Leben der Stuttgarter Spartakusgruppe» teilzunehmen. Vor allem aber wolle sie sich auf die Frauen der Bewegung konzentrieren: «Unser Kampf bedarf jetzt mehr als je der Frauen.»

### «DER ANFANG» UND «DAS ALTE SPIEL»

Ungeachtet des anhaltenden Konflikts um die *Rote Fahne* verfasst Rosa Luxemburg für die Zeitung erste Artikel. Neben einer Bilanz des bislang Erreichten formuliert sie darin Ziele und anstehende Aufgaben für die revolutionäre Bewegung. Richtlinien aller Maßnahmen habe die Übertragung der Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte sowie die «Sicherung des Revolutionswerks vor seinen lauernden Feinden» zu sein. Der Anfang sei gemacht, und das Lebensgesetz von Revolutionen würden ihr «rasches Vorwärtsschreiten», ihr «über sich selbst Hinauswachsen» sein. ... Zugleich aber beginne bereits das alte Spiel planmäßig betriebener verleumderischer Hetze, gezielt lancierter Gerüchte, das Vergiften der öffentlichen Meinung, «um eine Pogromatmosphäre zu schaffen und die Spartakusrichtung politisch zu meucheln, ehe sie noch die Möglichkeit hatte, die breitesten Massen mit ihrer Politik und ihren Zielen bekannt zu machen.»

### EINE «EHRENPFlicht»

Zu den ersten Artikeln, die Rosa Luxemburg für die *Rote Fahne* vorproduziert, gehört auch eine Ehrenpflicht, ein Versprechen, dass sie und Karl Liebknecht, «beim Verlassen der gastlichen Räume, worin wir jüngst hausten», ihren «geschorenen Zucht- hausbrüdern» bzw. den «lieben armen Sittenmädchen und Diebinnen» gaben: «Wir vergessen euch nicht!». Luxemburg und Liebknecht fordern die Abschaffung der Todesstrafe: «Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes in Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus.»

### **AUF DEM BODEN DES AKTIONSPROGRAMMS**

Für Rosa Luxemburg und die Berliner Zentrale des Spartakusbundes wird diese Information Freude und Bestätigung zugleich gewesen sein: Sie erfahren, dass der Parteitag der Württembergischen USPD sich mit nur wenigen Gegenstimmen auf den Boden des Aktionsprogramms des Spartakusbundes stellt.

### **REPUBLIKANISCHE SOLDATENWEHR**

Der Berliner Stadtkommandant Otto Wels (SPD) ruft zur Gründung einer Republikanischen Soldatenwehr auf. Neben der Volksmarinedivision und dem 3.000 Mann starken Sicherheitsdienst des Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) wird damit eine dritte um den Schutz der öffentlichen Ordnung konkurrierende Einheit aufgebaut.

## **18.11.1918**

### **DIE ROTE FAHNE NUMMER 3 ERSCHEINT**

Seit dem 9. November ringt der Spartakusbund um die *Rote Fahne* und mit dem Scherl-Verlag, wo die ersten beiden Ausgaben der Zeitung hergestellt wurden. Zwischendurch wollte der Spartakusbund den Verlag gar käuflich erwerben. Doch selbst jene Versuche scheiterten zuletzt, die *Rote Fahne* dort überhaupt drucken zu können. Erfolgreich hingegen sind die Verhandlungen mit dem *Kleinen Journal* in der Königgrätzer Straße 40/41 (heute: Stresemannstraße). Dort erscheint die dritte Ausgabe der *Roten Fahne*. Rosa Luxemburg wird Chefredakteurin und schreibt neben Paul Levi fortan die meisten Artikel in einer Zeitung, die immer wieder unter Papierknappheit zu leiden hat. In ihren ersten Artikeln warnt sie vor Illusionen über das bislang Erreichte, weist den wiederkehrenden Vorwurf des Putschismus zurück und gibt eine Ehrenerklärung ab. Der sozialdemokratische *Vorwärts* begrüßt sogleich die Neugründung der *Roten Fahne*. Berlin besitze nun drei sozialistische Zeitungen. Die Handlungen und Vorhaben des Spartakusbundes würden fortan transparent.

### **KORRESPONDENZEN ZUR ROTEN FAHNE**

Da die *Rote Fahne* nach schwierigen Verhandlungen endlich erscheinen kann, bittet Rosa Luxemburg ihre politischen Freunde um Kritik. Auf Franz Mehrings Urteil wartet sie «mit größter Ungeduld». An Clara Zetkin ergeht telegrafisch die Bitte, ihr sofort «ein kleines Artikelchen» zu übersenden, «erwünscht über Frauen». Das sei nicht nur ein wichtiges Thema – wie Luxemburg in einem weiteren Brief an Zetkin eingesteht –, sondern eines auch, von dem «niemand von uns hier» etwas verstehe. Wolfgang Fernbach, auf dessen Mitarbeit in der Zeitung «ohne weiteres» gerechnet wurde, erklärt Rosa Luxemburg, dass es noch viel zu tun gebe, da ja neben der *Roten Fahne* noch weitere Publikationen herausgegeben werden sollen.

### **BRIEF AN FAMILIE GECK**

Neben all der geschäftlichen Korrespondenz erfährt Rosa Luxemburg vom Tod Brandel Gecks, des Sohnes ihrer alten Freunde Marie und Adolf Geck. Völlig sinnlos war auch er in den letzten Tagen des Krieges noch in Frankreich gefallen. Nach Offenburg schreibt sie eine Kondolenz. Sie versucht, den Schmerz und das Leid zu teilen und findet doch keinen Trost, außer dem «grimmigen Gedanken», vielleicht selbst «bald ins Jenseits befördert» zu werden, «vielleicht durch eine Kugel der Gegenrevolution, die von allen Seiten lauert.» Auch Karl Liebknecht unterzeichnet das Trauerschreiben.

### **EINE SOZIALISIERUNGSKOMMISSION**

Auf Druck der USPD setzt der Rat der Volksbeauftragten eine Kommission zur Sozialisierung aller Industriezweige ein, die dafür «reif» seien. Die Kommission möge dazu Vorschläge entwickeln und entsprechende Gutachten verfassen. Eingeladen, in der Kommission mitzuarbeiten, sind Volkswirtschaftler, Unternehmer und Vertreter von Gewerkschaften.



### **HOTEL MOLTKE**

Das Hotel Excelsior setzt den Spartakusbund vor die Tür. Rosa Luxemburg zieht ins Hotel Moltke (Königgrätzer Straße 103). Henryk Walecki besucht sie dort und berichtet später, dass Liebknecht und sie zum eigenen Schutz bereits «incognito» logieren.



## **19.11.1918**



### **NATIONALVERSAMMLUNG ODER RÄTEREGIERUNG?**

Die Forderung nach Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung ist die große Scheidelinie zwischen gemäßigten und radikalen Linken. Auch der Rat der Volksbeauftragten entwickelt dazu keine einheitliche Position und befindet als vorläufigen Kompromiss, dass erst die Ergebnisse der Revolution gesichert sein müssten, bevor eine Nationalversammlung sich konstituieren könne. Bei der an diesem Tag stattfindenden Versammlung der Berliner Arbeiterräte im Circus Busch entbrennt die Kontroverse «Nationalversammlung oder Räteregierung» erneut. Karl Liebknecht und Revolutionäre Obleute verlangen die Errichtung einer Rätemacht, die SPD die Wahl zur Nationalversammlung, mit der viele Mitglieder der USPD zwar grundsätzlich einverstanden sind. Sie aber würden die Wahl zu einem späteren, noch unbestimmten Zeitpunkt durchführen wollen.



### **DER 53ER-AUSSCHUSS**

In Wilhelmshaven bilden Vertreter der Soldatenräte der Nord- und Ostseestationen einen neuen Hauptausschuss, einen obersten Rat sämtlicher Matrosenräte der Marinestationen. Später zieht er ins Reichsmarineamt nach Berlin, wo er insbesondere gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten revolutionäre Positionen aufrechterhält.





## **STREIKS IN BRAUNKOHLEREVIEREN**

In den Braunkohlereviere zwischen Halle, Sangerhausen, Zeitz und Weißenfels beginnen erste Streiks um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

# 20.11.1918



## **ÜBER DIE NATIONALVERSAMMLUNG**

In ihrem Artikel für die *Rote Fahne* greift Rosa Luxemburg in die Diskussion um die von der SPD und allen bürgerlichen Kräften geforderten Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung ein. Nationalversammlungen seien «überlebte Erbstücke bürgerlicher Revolutionen», führt sie aus, eine «Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom «einigen Volk», von der «Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit» des bürgerlichen Staates». Die Einberufung einer Nationalversammlung sei ein Umweg und würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt allein die Position der Bourgeoisie stärken. Der Sozialismus aber könne nur aus dem Bewusstsein der Mehrheit des Proletariats entstehen; um dieses Bewusstsein zu fördern, benötige es ein eigenes Klassenorgan, ein «Reichsparlament der Proletarier in Stadt und Land». Der «parlamentarische Kretinismus» schließlich sei, so Luxemburg, «gestern eine Schwäche» gewesen, würde «heute eine Zweideutigkeit» und «morgen ein Verrat am Sozialismus» sein.



## **ZUR DIKTATUR DES PROLETARIATS**

Im selben Artikel über «Die Nationalversammlung» legt Rosa Luxemburg auch ihr Verständnis von der «Diktatur des Proletariats» dar: «Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche und Krawalle, «Anarchie», wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern das ist der

Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistischer Demokratie.»

## **BEISETZUNG DER REVOLUTIONSOPFER**

Die Planungen zum genauen Ablauf der Trauerfeier für die ersten Berliner Revolutionsoffer haben sich seit einer Woche immer wieder verändert. Die Zeremonie beginnt schließlich am Vormittag auf dem Tempelhofer Feld. Vor über 30.000 Menschen sprechen unter anderem Friedrich Ebert (SPD) und Hugo Haase (USPD). Von dort setzt sich ein unüberschaubarer Trauermarsch in Bewegung, der mehr als drei Stunden durch die Innenstadt bis zum Friedhof der Märzgefallenen zieht, wo neben Emil Barth (Revolutionäre Obleute) – entgegen des vorab diskutierten Protokolls – auch Luise Zietz (USPD) und Karl Liebknecht (Spartakusbund) Reden «im Sinne einer allgemeinen Weltrevolution» (Berliner Morgenpost) halten. Sie schwören den Toten, nicht umsonst gefallen zu sein. Traditionelle Muster einer Trauerfeier sind mit revolutionären Elementen in der Symbolik der politischen Linken vermischt. Insgesamt werden auf dem Friedhof der Märzgefallenen acht der mittlerweile 20 aus den ersten Revolutionstagen bekannt gewordenen Toten beigesetzt.

# **21.11.1918**

## **IN DEN NEUKÖLLNER PASSAGE-FESTSÄLEN**

Der Spartakusbund hält drei Großversammlungen ab. Karl Liebknecht tritt in den Weddinger Pharussälen auf, Paul Levi im Rummelsburger Café Bellevue und Rosa Luxemburg in den Neuköllner Passage-Festsälen. Bei Liebknecht herrscht so großer Andrang, dass in der Bockbrauerei eine zweite Versammlung stattfinden muss. Luxemburg erntet stürmischen Beifall, auch ihre Kritik an der Politik von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann findet Zustimmung. Der größte Fehler sei gewesen,

Trauerzug in Berlin am  
20. November 1918



dass alle Beamten in ihren Ämtern belassen worden seien. Befragt, ob sie auch die verschiedenen Maßnahmen der Bolschewiki in Russland billige, antwortet sie, dass der Sozialismus jedenfalls nur mit der großen Mehrheit des Proletariats errichtet werden könne. Ihre ausführliche, noch im Gefängnis verfasste Auseinandersetzung mit der Russischen Revolution wird erst 1922 veröffentlicht.

### **STREIKS IN DER METALLINDUSTRIE**

Die Direktion der Berliner Siemens-Werke weigert sich, den Arbeiter- und Angestelltenrat wie auch seine Forderung nach Lohnerhöhung anzuerkennen. Etwa 6.000 Arbeiterinnen und Arbeiter treten daraufhin in den Streik. Sie lösen eine Welle aus, die auf andere Berliner Metallbetriebe übergreift und Angestellte selbst in den großen Zeitungshäusern der Stadt erreicht. Es geht um die Umsetzung der von Unternehmerseite in den ersten Tagen der Revolution gemachten Zugeständnisse. Ein wilder Streik, der dem Rat der Volksbeauftragten allerdings einem «wirtschaftlichen Wahnsinn» gleichkommt und der als «Sabotage am Sozialismus» diffamiert wird.

### **NOCH EIN OPFER!**

Vier Tage zuvor hat Rosa Luxemburg davon erfahren, nun erinnert sie auch in der *Roten Fahne* an den sinnlosen Tod von Brandel Geck: «Eine letzte verirrte Kugel des großen Mordens mähte noch ein Menschenleben nieder, knickte eine reine, kaum erschlossene Knospe, vernichtete eine schön aufsprießende Hoffnung der Partei. Leutnant Brandel Geck, der älteste Sohn unseres treuen alten Adolf Geck, blieb noch auf dem grausigen Felde des Todes liegen, dem er vier Jahre hindurch mitten in der Hölle des Krieges entronnen war. Er war zu Größerem bestimmt, als in diesem großen Volksmorden in ein frühes Grab zu sinken. Wo er selbst nicht mehr sein kann, wird die Erinnerung an ihn bei uns bleiben.»

## 22.11.1918

### GRÜNDUNG DER DEUTSCHNATIONALEN VOLKSPARTEI (DNVP)

Die Revolution erschüttert das bisherige Parteiengefüge. Während sich die (links-)liberalen Kräfte in der anfangs erfolgreichen Deutschen Demokratischen Partei und die nationalliberalen Kräfte in der Deutschen Volkspartei zusammenfinden, sammelt sich die monarchistisch-antisemitische Rechte in der republikfeindlichen Deutschnationalen Volkspartei. In sie fließen die Deutschkonservative Partei, die Freikonservative Partei, die Vaterlandspartei und kleinere rechte Gruppierungen ein. Zu den bekanntesten Gesichtern gehören Kuno Graf von Westarp, Oskar Hergt, Alfred Hugenberg und Karl Helfferich. Am 30. Januar 1933 wird die DNVP ins Kabinett Hitler eintreten und im Juni 1933 in der NSDAP aufgehen.

## 23.11.1918

### BESUCH VON HENRYK WALECKI

Vor dem Ersten Weltkrieg konkurrierte Henryk Walecki mit Leo Jogiches und Rosa Luxemburg innerhalb der polnischen Sozialdemokratie. Seit 1915 lebte er in Zürich. Mit dem Ende des Krieges nun will er zurück nach Polen, um dort am Aufbau einer revolutionären Partei mitzuwirken. Auf seiner Durchreise besucht er in Berlin Luxemburg und trifft auch Jogiches erneut. In ihrer Kritik an den Terrormethoden der Bolschewiki sind sie sich einig.

### DER VOLLZUGSRAT ERKLÄRT UND BESCHLIESST

Zwei Wochen zuvor wurde Deutschland auf der Grundlage von Arbeiter- und Soldatenräten zur sozialistischen Republik ausgerufen. Allerdings erlebt der Berliner Voll-



zugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte in der Verwaltung wiederholt aktiven Boykott seiner Anweisungen. Selbst der Rat der Volksbeauftragten hat Probleme, die Stellung des Vollzugsrates anzuerkennen. So erklärt der Vollzugsrat nun öffentlich erneut seine Aufgaben im revolutionären Gefüge. Er betrachtet sich als Kontrollinstanz gegenüber der provisorischen Regierung. In seiner Verantwortung liege es auch, «das entscheidende Kabinett der Republik» zu berufen und abzuberufen. Weiterhin beschließt er, zu einem reichsweiten Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte nach Berlin einzuladen, der spätestens am 16. Dezember stattfinden möge.

## 24.11.1918



### **EIN «GEWAGTES SPIEL»**



In der *Roten Fahne* weist Rosa Luxemburg die bis weit in die sozialdemokratische Presse hinein wiederholt gegen den Spartakusbund vorgetragenen Vorwürfe des Putschismus zurück. Das sozialistische Proletariat habe es nicht nötig, «die eigenen Illusionen erst durch blutige Gewaltakte zu zerstören, erst zwischen sich und der bürgerlichen Gesellschaft einen Abgrund zu graben», schreibt Luxemburg. Vielmehr seien es «die Herren Bourgeois» – um Besitz, Profite, Privilegien und weitere Rechte zitternd –, die Terror und Schreckensherrschaft dringend bräuchten. Sie würden dem sozialistischen Proletariat «erdichtete Anarchie» und «erlogene Putsche» in die Schuhe schieben, «um wirkliche Putsche, um reale Anarchie durch ihre Agenten im gelegenen Augenblick zu entfesseln, um die proletarische Revolution zu erdrosseln, die sozialistische Diktatur im Chaos untergehen zu lassen und auf den Trümmern der Revolution die Klassendiktatur des Kapitals für immer zu errichten». Das sei ein «gewagtes Spiel», denn der Diktatur des Proletariats, dem Sozialismus gehöre der Tag und die Stunde.

### ○ BRIEF AN CLARA ZETKIN

Rosa Luxemburgs Brief an Clara Zetkin dreht sich vor allem um die Probleme mit und die zukünftige Ausgestaltung der *Roten Fahne*. In Berlin wird schon erwogen, die Zeitung sechsseitig oder zweimal täglich erscheinen zu lassen. Allen Revolutionsbeteiligten solle eine eigene Plattform gegeben werden. Aus Stuttgart bräuchte es deswegen neben August Thalheimer und Edwin Hoernle zur Unterstützung auch die Mitarbeit von Clara Zetkin. Denn neben einem Soldaten- und Jugend- benötigte es jetzt vor allem ein Frauenblatt. Ob als selbstständiges Periodikum oder als tägliche Beilage zur *Roten Fahne*, «die Sache ist so dringend! Jeder verlorene Tag ist eine Sünde.» Postalisch, so fügt Luxemburg hinzu, ist sie vorläufig bei Mathilde Jacob zu erreichen. Seit ihrer Freilassung aus dem Gefängnis war sie noch immer nicht zu Hause gewesen.

## 25.11.1918

### ○ AN DIE PROLETARIER ALLER LÄNDER!

In der *Roten Fahne* erscheint ein Aufruf des Spartakusbundes: gerichtet an die Proletarier aller Länder, unterschrieben von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin. Er wird gleichzeitig als Flugblatt verteilt. Die «Macht in Deutschland», so heißt es darin, sei bislang noch nicht wirklich in die «Hände des arbeitenden Volkes» gelangt. Das deutsche Proletariat benötige die internationale Solidarität. Was die «herrschenden Klassen» nun nach den «12 Millionen hingemordeter Opfer» des Weltkrieges «als Friede und Recht» vorbereiteten, sei nur ein neues Werk brutaler Gewalt, aus dem «die Hydra der Unterdrückung, des Hasses und neuer blutiger Kriege ihre tausend Häupter» erhebe. Nicht neuerlicher Imperialismus, sondern allein der Sozialismus sei imstande, «das große Werk des dauernden Friedens zu vollbringen, die tausend blutenden Wunden der Menschheit zu heilen». Es laufe jetzt darauf hinaus: «Auflösung und Untergang in der kapitalistischen Anarchie oder Wie-

dergeburt durch soziale Revolution». Für die Internationale habe die «Stunde der Tat» geschlagen. Der «geschändeten Welt» müsse wieder «Menschenantlitz» verliehen werden.

### **REICHSKONFERENZ DER BUNDESDEUTSCHEN REGIERUNGEN**

In Berlin kommen Vertreter der neuen bundesdeutschen Regierungen zusammen, um ihr Verhältnis zum Reich wie auch die zukünftigen Richtlinien ihrer Zusammenarbeit zu erörtern. Mit wenigen Ausnahmen stimmen sie der Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu.

### **KURT EISNER BEIM BERLINER VOLLZUGSRAT**

Für die Reichskonferenz der bundesdeutschen Regierungen reist auch der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner in seine alte Heimatstadt nach Berlin. Dabei trifft er sich unter anderem mit dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, dem er über den Verlauf der Revolution in Bayern berichtet und den er auch – nach einem Bericht der *Roten Fahne* – darin bestärkt, Arbeiter- und Soldatenräte gegenüber einem bankrotten bürgerlichen Parlamentarismus besser auszugestalten. Außenpolitisch geht Eisner davon aus, dass keine der Siegermächte einer radikal sozialistisch orientierten Regierung den Frieden verweigern und ihn von der Einberufung einer Nationalversammlung abhängig machen würde. Vielmehr sei der Entente wichtig, mit Regierungen zu verhandeln, hinter denen auch wirklich die Massen stehen.

## **26.11.1918**

### **EINE FESTSTELLUNG**

Weil er keine Missverständnisse aufkommen lassen möchte, sieht sich der Spartakusbund in der *Roten Fahne* zu folgender Feststellung veranlasst: «Einzelne bürger-

liche Blätter wiederholen noch immer die irrtümliche Meldung, daß ein Mitglied des Spartakusbundes bei der Regierung beteiligt sei. Wir stellen demgegenüber fest: daß der Spartakusbund weder in der Regierung noch im Vollzugsrat vertreten ist, daß er es auch grundsätzlich ablehnt, mit Mehrheitssozialisten zusammen in deren Körperschaften zu arbeiten.»

### **AKTEN ÜBER DEN KRIEGSAUSBRUCH**

Einige Tage zuvor hatte der neue bayerische Ministerpräsident Eisner Geheimakten aus dem Jahr 1914 veröffentlicht. Sie dokumentieren den deutlich ausgeprägten Kriegswillen des deutschen Militärs, sie belegen die Schuld der alten kaiserlichen Elite am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Sie erhöhen die Chancen auf milde Friedensbedingungen. Wie der aktuellen Ausgabe der *Vossischen Zeitung* allerdings zu entnehmen ist, legt das Auswärtige Amt Einspruch gegen die Veröffentlichung der Akten ein. Auf Anordnung des Staatssekretärs Dr. Solf, der öfter schon dabei auffiel, die Revolution zu sabotieren, soll Unterstaatssekretär Dr. David die Akten nun erst einmal einer Nachprüfung unterziehen.

## **27.11.1918**

### **«DER ACHERON IN BEWEGUNG»**

Rosa Luxemburg nimmt in der *Roten Fahne* Bezug auf die reichsweit schon seit einigen Tagen anhaltende Streikbewegung. Die «Masse des Proletariats» werfe nun das «Kartenhaus der revolutionären Klassenharmonie» um, stellt sie fest. Denn in seinem Lebensalltag habe es trotz der Revolution für das Proletariat noch keine wahrhaftige Veränderung zum Guten gegeben. Die gegenwärtigen Streiks seien erst der Beginn einer neuen und grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Dabei könne nur die Arbeiterklasse sich selbst befreien und eine Sozialisierung der Wirtschaft vorbereiten. Die «hübschen Plänchen» jedenfalls «einer braven, zahmen,

«verfassungsmäßigen» deutschen Revolution, die «Ordnung und Ruhe» wahrt und als ihre erste und dringendste Aufgabe den Schutz des kapitalistischen Privateigentums betrachtet», würden sich nicht erfüllen.

## **NATIONALVERSAMMLUNG, KETTEN UND FESSELN**

Nun bezieht die Parteileitung der USPD in ihrem Zentralorgan *Die Freiheit* auch ganz offiziell Stellung gegen die vorzeitige Einberufung einer Nationalversammlung. Erst wenn die Soldaten «wieder in ihrer Heimat bodenständig geworden sind», erst wenn die Arbeiter «eine feste Arbeitsstätte, ein Heim gefunden haben» und erst wenn nach einem Waffenstillstand auch in den besetzten Gebieten «frei und unbeeinflusst» gewählt werden kann, könne überhaupt von einer konstituierenden Versammlung die Rede sein. Zudem – so schreibt die Parteileitung – habe eine Wahl nur dann Wert, «wenn die Wähler auch über die ihr zugrunde gelegten Fragen aufgeklärt werden». Würden denn die «Rechtssozialisten» noch immer nicht bemerken, die «Geschäfte der Reaktion» zu betreiben, so wie sie «in das Geschrei der Arbeiterfeinde einstimmen»? Schließlich wolle die Bourgeoisie «alle tiefergehenden sozialen Umgestaltungen» aufhalten, in dem sie glauben mache, dass «die sozialistische Regierung kein Recht habe, vor Zusammentritt der Konstituante Gesetze zu erlassen oder gar an die Sozialisierung der Betriebe vorher zu gehen». Bislang seien zwar die «Ketten der politischen Unterdrückung» gebrochen, die «Fesseln ökonomischer Ausbeutung» jedoch nur gelockert.

# 28.11.1918

## **KURT TUCHOLSKY ZUM AKTUELLEN GESCHEHEN**

Zum politischen Geschehen und Leben in der Revolution macht sich auch Kurt Tucholsky seine Gedanken. Dem Arzt und Lyriker Hans Erich Blaich (Dr. Owlglass) teilt er in einem Brief seine Beobachtungen mit: «Berlin hat sich wesentlich beruhigt – die Leute sollten nicht immer sagen, hier tobe die große Berliner Schnauze und der Bol-

schewismus. Die Schnauze hat nichts zu essen, weil bei uns der Reichsgedanke nur bis zum Nabel geht – beim Magen hört er auf, ich glaubte immer, da finge er erst an ... Und mit dem Liebknecht scheint es halb so schlimm zu sein. Zu fürchten ist eben nur, daß das ganze Bürgertum, um amal sei Ruh zu haben, der dümmsten Reaktion in die Finger laufen kann. Man muß nicht glauben, daß die vorherige Zeit groß war – es fängt erst richtig los.»

### NEUE VOLLMACHTEN

Rosa Luxemburg übergibt Wilhelm Pieck und Hugo Eberlein die Vollmacht, für den Spartakusbund zu unterzeichnen.

### LINDENSTRASSE 2, BERLIN-SÜDENDE

Als Rosa Luxemburg 1898 von Zürich nach Berlin zog, kam sie zunächst in der Cuxhavener Straße 2 unter. 1899 bezog sie in Friedenau die Wielandstraße 23, bevor sie von 1902 bis 1911 gleich um die Ecke in der Cranachstraße 58 wohnte. Schließlich nahm sie ein Quartier in der Lindenstraße 2, das sie bis zu ihrer Ermordung 1919 behielt. In den Jahren ihrer erzwungenen «Schutzhaft» finanzierten die Schauspielerinnen Tilla Durieux und der Kunsthistoriker Eduard Fuchs diese Wohnung. Mathilde Jacob kümmerte sich um die Katze. Seit Rosa Luxemburg 20 Tage zuvor aus dem Gefängnis entlassen wurde, hatte sie noch keine Gelegenheit gehabt, «nach Hause» zu kommen. Die meiste Zeit verbrachte sie in den Redaktionsräumen der *Roten Fahne* oder in der Druckerei. Kurz vor Mitternacht wird sie für einen kurzen Moment erstmals wiederkehren – und das auch nur, weil Karl Liebkecht und sie von «sämtlichen Hotels dieser Gegend (um den Potsdamer Platz und Anhalter Bahnhof) ausgewiesen worden sind», wie Luxemburg ihrer Freundin Clara Zetkin am nächsten Morgen schreibt.

# 29.11.1918

## **GEGEN HALBHEITEN UND ZWEIHEUTIGKEITEN**

Im ganzen Reich werden Forderungen an die USPD laut, einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten. Rosa Luxemburg unterstützt dieses Anliegen und kommentiert in der *Roten Fahne* das bisherige, von Schwäche und durch nicht nachvollziehbare Kompromisse geprägte Erscheinungsbild der Partei. Die USPD verfolge keine eindeutige Linie. Das deutsche Proletariat aber brauche «an seiner Spitze eine sozialistische Partei, die der großen Stunde gewachsen ist». Für Halbheiten und Zweideutigkeiten würde es in einer Revolution keinen Platz geben. So benötige es ohne Zweifel einen Parteitag zur Klärung wichtiger Fragen, nicht zuletzt in der Haltung zu Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung.

## **BRIEF AN CLARA ZETKIN**

Rosa Luxemburg lebt «wie im Hexenkessel», schreibt sie Clara Zetkin in einem Brief, und sie bekümmert die bisherige Entwicklung der *Roten Fahne*, obwohl die Zeitung von vielen «als einziges sozialistisches Blatt in Berlin» wahrgenommen werde. Über die *Freiheit*, die Zeitung der Berliner USPD, seien selbst die eigenen Leute «bis zum äußersten» enttäuscht. Nachdem es sich bereits in den Tagen zuvor so abzeichnete, wurde nun tatsächlich beschlossen, der *Roten Fahne* wöchentlich eine Frauenzeitung beizulegen. Zetkin ist gebeten, sich aktiv in deren Redaktion einzubringen. Luxemburg berichtet ihr darüber hinaus, dass die bekannten Berliner USPD-Politiker Ernst Däumig, Emil Eichhorn, Georg Ledebour, Luise Zietz und Kurt Rosenfeld sich klar zum Spartakusbund bekennen würden.

## **EIN MÖGLICHER WAHLTERMIN**

Der Rat der Volksbeauftragten beschließt das Reichswahlgesetz für die geplante verfassungsgebende Nationalversammlung. Vorbehaltlich der Zustimmung des Reichs-

Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, 1910



kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, die ab dem 16. Dezember tagen sollen, wird als möglicher Wahltermin der 16. Februar 1919 festgelegt.

### **TRENNUNG VON STAAT UND KIRCHE**

Adolph Hoffmann war 1917 Mitbegründer der USPD und ist mit der Revolution preußischer Minister für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung geworden. In dieser Funktion ist es ihm ein besonderes Anliegen, an den Schulen eine Trennung von Staat und Kirche vorzunehmen. Für Preußen verordnet er die Abschaffung der bisherigen geistlichen Oberaufsicht der Kirchen und des obligatorischen Schulgebets. Er bestimmt zudem, dass die Teilnahme am Religionsunterricht nunmehr freiwillig und Religion selbst kein Prüfungsfach mehr ist.

## **30.11.1918**

### **TELEGRAMM AN CLARA ZETKIN**

Ihren an Clara Zetkin schon am Vortag verfassten Brief kann Rosa Luxemburg nun erst abschicken. Sie hängt ihm noch das Post-Scriptum an, dass selbst mit Blick auf die notorische Papierknappheit für die geplante Frauen-Beilage in der *Roten Fahne* nunmehr keine Schwierigkeiten mehr bestehen würden. Zetkin könne also sofort mit der Arbeit daran beginnen. Darüber hinaus bittet Rosa Luxemburg Clara Zetkin in einem Telegramm um ein «allgemeines Frauenflugblatt, kurz, populär, agitatorisch über Aufgaben der Frau in der Revolution.»

### **MIT KRITISCHEM SINN**

Rosa Luxemburg teilt die Vorbehalte und Bedenken ihres Genossen Adolf Warski und damit die Position, die die polnische Sozialdemokratie zu den Bolschewiki und ihrer Politik in Russland einnehmen. Wie sie ihm in diesen Tagen schreibt, erkennt Luxemburg im bolschewistischen Terror aber vor allem die Schwäche des europäischen Proletariats.

## ○ **DER LETZTE DEUTSCHE MONARCH**

Mit König Wilhelm II, König von Württemberg, verzichtet der letzte deutsche Monarch auf seinen Thron. Die provisorische Regierung hat ihm dafür eine jährliche Rente von 200.000 Mark, ein lebenslanges Wohnrecht in seinem Jagdschloss und das uneingeschränkte Verfügungsrecht über sein Privateigentum zugesichert.

# 1.12.1918

## ○ **JUDENPOGROME UND DIE «SELBSTBESTIMMUNG DER NATIONEN»**

Lemberg (Lwow) ist eines der alten und großen Zentren des osteuropäischen Judentums. Verstärkt durch die infolge des Ersten Weltkrieges neu gezogenen Grenzen hat es am 21. und 22. November unter besonders schweren Pogromen zu leiden. Vermutlich bis zu 150 Tote sind zu beklagen. Das Schicksal der Lemberger Juden nimmt Rosa Luxemburg in ihrem neuen Artikel für die *Rote Fahne* beispielgebend aber auch, um auf das Problem eines Nationalismus aufmerksam zu machen, der das «Selbstbestimmungsrecht der Nationen» für sich missbraucht. Bereits seit den 1890er Jahren hatten Luxemburg und Leo Jogiches dagegen Position bezogen. Zuletzt führte sie ihre ablehnende Haltung in den Spartakusbriefen (Januar 1918) anhand der Politik der neuen Sowjetregierung in Russland aus: «Nicht nach Schema F».

## ○ **REDE IM BERLINER LEHRERVEREINSHAUS**

Die Zentrale des Spartakusbundes hält an diesem Sonntagvormittag berlinweit sechs öffentliche Versammlungen ab. Rosa Luxemburg ist im Lehrervereinshaus (Alexanderstraße 41) und spricht vor etwa 3.000 Menschen über das zukünftige Programm des Bundes. Sie erhält dabei große Zustimmung, auch wenn dem Bericht des *Vorwärts* zufolge in ihrem Referat noch keine neuen Gesichtspunkte zutage getreten seien.

## 2.12.1918

### EINE NEUE WOCHE BEGINNT

Nach ihrer Rede tags zuvor ist Rosa Luxemburg wieder zur redaktionellen Arbeit für die *Rote Fahne* zurückgekehrt. Karl Liebknecht spricht im Berliner Circus Busch vor 10.000 Arbeitern und Angestellten der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken. Viele von ihnen treten für die Sozialisierung ihrer Betriebe ein. Im ganzen Reich ruft der Spartakusbund zu Massenversammlungen auf.

### ERSTE HETZPLAKATE

Am Vortag hat der Publizist Eduard Stadtler offiziell die Antibolschewistische Liga begründet und in der Berliner Lützowstraße 107 ihr mit Großspenden (unter anderem von der Deutschen Bank) ausgestattetes «Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus» eröffnet. Stadtler ist früherer Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Moskau. Seine Liga widmet sich dem Kampf gegen eine «jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung». In diesem Zusammenhang bringt sie sofort in großer Auflage Plakate und Flugblätter in Umlauf, die zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufrufen.

## 3.12.1918

### DIE «UNREIFE» MASSE

Dem Vernehmen nach herrschte am Donnerstag zuvor, dem 28. November, im Sitzungssaal des Reichstages bei der Versammlung der Berliner Soldatenräte eine tumultartige Stimmung. Möglicherweise war auch Rosa Luxemburg vor Ort. Für ihren neuen Artikel in der *Roten Fahne* nimmt sie die Sitzung zum Anlass, sich zum politischen Bewusstsein der proletarischen Massen zu äußern. Die «Kämpfe der Revolu-

tion», davon ist sie im Gegensatz zum sozialdemokratischen *Vorwärts* überzeugt, «werden das Proletariat zur vollen Reife erheben.»

### **EINE VEREINIGUNG RADIKALER KÜNSTLER**

In Berlin kommt die Künstlervereinigung Novembergruppe zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Es sind Maler, Schriftsteller, Architekten, Komponisten, Bildhauer. Sie versuchen, die Gesellschaft durch revolutionäre Kunst zu verändern und sich damit am Aufbau einer neuen Gesellschaft zu beteiligen. In ihren Ausstellungen versammelt die Novembergruppe Kunststile jenseits der Dogmen. Sie wird eine viel beachtete «Agentin der Avantgarde».

## **4.12.1918**

### **ZUR SOZIALISIERUNG DER GESELLSCHAFT**

Die *Junge Garde*, die erst eine Woche alte Zeitschrift der Freien Sozialistischen Jugend, bittet Rosa Luxemburg um einen Beitrag. Später übernehmen ihn noch weitere Blätter. Rosa Luxemburg appelliert darin an die arbeitende Jugend. Sie bereits könne das Fundament einer sozialistischen Wirtschaft bilden. Was diese Wirtschaft charakterisiere, welche die ersten Schritte zu ihrem Aufbau «auf ganz neuer Grundlage» sein sollten und nach welchen Gesichtspunkten die Umgestaltung der Fabriken, Werke und landwirtschaftlichen Betriebe vorstattengehen müsste, skizziert sie in ihrem Artikel über die Sozialisierung der Gesellschaft.

### **REPUBLIK RHEINLAND-WESTFALEN**

Der Ausgang der Revolution ist in Berlin noch immer offen. Doch keinesfalls bildet die Stadt den einzigen Hotspot der Ereignisse. Auch im Ruhrgebiet, in Württemberg, Bayern, Braunschweig, Bremen, Dresden, Halle oder Hamburg vollzieht sich das Geschehen auf teils rasante Weise. Politische Beobachter aber werden nun überrascht

⋮ sein, von Versammlungen in Köln zu erfahren, die unter Beteiligung des Oberbürgermeisters der Domstadt, Konrad Adenauer (Zentrum), eine Republik Rheinland-Westfalen einfordern – aus Angst vor einem Übergreifen der Revolution, die zugleich Sozialisierung bedeuten könnte.

## 5.12.1918

### ○ **DIE SOZIALISIERUNGSKOMMISSION TAGT**

⋮ Die Angaben schwanken, aber vermutlich an diesem Tag nimmt die am 18. November eingesetzte Sozialisierungskommission ihre Arbeit auf. Den Vorsitz hat Karl Kautsky (USPD) inne, einer der einflussreichsten Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie. Die Kommission soll Vorschläge für konkrete und nach einem Monat Revolution nun allgemein auch erwartete Sozialisierungsmaßnahmen unterbreiten. Nach Angaben des *Vorwärts* wird es aber von vornherein auch ihre Aufgabe sein, «beruhigend zu wirken in dem Sinne, daß keine unvernünftigen Experimente zu befürchten sind». Deswegen ist sie wohl auch direkt dem Reichsschatzamt unterstellt, das ein erklärter Sozialisierungsgegner leitet.

## 6.12.1918

### ○ **PUTSCHVERSUCH IN BERLIN**

⋮ Am Nachmittag ziehen mehrere Soldatenkolonnen, vor allem des Garde-Grenadier-Regiments «Kaiser Franz» (die sogenannten Franzer) zur Reichskanzlei, fordern Wahlen zur Nationalversammlung noch im Dezember und rufen Friedrich Ebert zu einem Präsidenten mit diktatorischen Vollmachten aus. Ebert lehnt diesen Ruf allerdings dankend mit der Begründung ab, dass er sich in einer solch wichtigen Ange-

legenheit erst mit dem Rat der Volksbeauftragten absprechen müsse. Angeblich im Namen der Reichsregierung setzen weitere Soldaten im preußischen Abgeordnetenhaus den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte fest. Sie können nach einiger Zeit aber davon überzeugt werden, für putschistische Zwecke missbraucht worden zu sein.

### **EIN BLUTBAD**

Der in seiner Konsequenz letztlich dilettantisch durchgeführte Putschversuch endet kurz vor 18 Uhr jedoch in einem Blutbad. Von Stadtkommandant Otto Wels (SPD) an die Ecke Chausseestraße/Invalidenstraße beorderte Gardefüsiliere schießen in eine gegen den Putschversuch gerichtete Spontandemonstration. Erstmals seit Beginn der Revolution werden in Berlin Maschinengewehrsalven abgefeuert. Sie hinterlassen mindestens 16 Tote und mehrere Dutzend Schwerverletzte, darunter Willi Budich vom Roten Soldatenbund, für dessen Genesung sich Rosa Luxemburg besonders einsetzt. Der Auslöser des Massakers bleibt unbekannt.

### **ÜBERFALL AUF DIE REDAKTION DER ROTEN FAHNE**

Inmitten der Ereignisse besetzen Soldaten des Garde-Grenadier-Regiments auch die Redaktionsräume der *Roten Fahne*. Am nächsten Tag berichtet Paul Levi darüber: Es «erschieden um 6 ¼ Uhr 20 Franzer. Unten am Gebäude hatten sich etwa 200 Mann aufgestellt. Der Führer Spiro erklärte, er käme im Namen des «Soldatenrates» der Garde und habe direkten Befehl von Ebert, der zum Präsidenten ausgerufen worden sei. Die erste Frage war nach dem ... Geldschrank. Ein an die Redaktion anschließender Raum wurde erbrochen und alle Schränke durchsucht. Niemand sollte herein und heraus. Nach anderthalb Stunden erschien ein Mitglied des Vollzugsrates mit einer Order Haases, der den «Befehl» gegen die *Rote Fahne* widerrief. Spiro war stillschweigend verschwunden. Ein Ingenieur Franz, der die Durchsuchung leitete, wurde verhaftet. Die Soldaten zogen bestürzt ab.»

# 7.12.1918

## **MEHR ALS EIN ANSCHLAG DER GEGENREVOLUTION**

Am Morgen weisen sich alle gegenseitig die Schuld am Massaker in der Chaussee-  
straße zu. Für ihren Leitartikel in der *Roten Fahne* rekonstruiert Rosa Luxemburg das  
Geschehen des vorigen Tages – soweit es für sie bereits zu überblicken ist – und ver-  
sucht sich an einer ersten Einordnung. Nach ihrer Einschätzung war mehr als nur  
ein «blutiger Anschlag der Gegenrevolution» zu erleben. Vielmehr müsse von einem  
Putsch konterrevolutionärer Militärs ausgegangen werden, für den allerdings nicht  
die aufgehetzten Soldaten Verantwortung tragen, sondern die regierenden Mehr-  
heitssozialdemokraten. Luxemburg wirft ihnen vor, «mit dem Popanz des ‹Bolsche-  
wismus›» in Berlin «eine wahre Pogromatmosphäre» geschaffen zu haben. Arbeiter  
und Soldaten seien nun aufgerufen, ihr «Werk des 9. November»: die Revolution, zu  
retten.

## **AUFBRUF ZUM MASSENSTREIK**

In Reaktion auf den Putschversuch ruft der Spartakusbund zu einem Massenstreik  
auf, der mit einigen Tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern allerdings nur mäßig  
befolgt wird. Es ist dennoch die erste selbstständige Demonstration des Spartakus-  
bundes. In dem aufgeheizten Klima führt er nun erstmals auch einen eigenen «Panzer-  
wagen» und Maschinengewehre mit sich. Als auf der Höhe der Humboldt-Universität  
weitere, jedoch gegen den Demonstrationszug gerichtete Maschinengewehrschüt-  
zen gesichtet werden, ist es vor allem dem beherzten Eingreifen des Polizeipräsi-  
denten Emil Eichhorn (USPD) zu verdanken, dass ein neuerliches Blutbad verhindert  
werden kann. Unterdessen beginnt in Berlin die Suche nach den Hintermännern und  
Auftraggebern des Putschversuchs.

## 8.12.1918



### ERNEUTE DEMONSTRATIONEN

Die Lage in Berlin hat sich noch immer nicht beruhigt. Die Stimmung ist angespannt. Durch die Stadt ziehen zahlreiche Demonstrationen. Bei einer Veranstaltung der USPD spricht sich Georg Ledebour für den Austritt der USPD-Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten aus. Der Spartakusbund mobilisiert zu einem Massenprotest am Treptower Park. Ein Großteil der Zentrale wird dort von mehreren Bühnen aus sprechen. Darunter auch Rosa Luxemburg, die vor Zehntausenden die Fortsetzung der Revolution fordert. Dem schließlich vereinigten und auf über 150.000 Personen angewachsenen Demonstrationzug im Zentrum schließt sich auch die Sicherheitswehr des Polizeipräsidiums an. Vor dem Reichskanzlerpalais wird der Rücktritt des gesamten Rates der Volksbeauftragten skandiert.



## 9.12.1918



### DURCHSUCHUNG DER GESCHÄFTSRÄUME DES SPARTAKUSBUNDES

Die *Rote Fahne* ruft in ihrer aktuellen Ausgabe «höchste Gefahr für die Revolution» aus. Rund um Berlin haben sich königstreue Truppen zusammengezogen, die dazu bestimmt seien, «für Ruhe und Ordnung zu sorgen, die Regierung Ebert-Haase zu stützen, den Spartakusbund zu unterdrücken». Im Laufe des Tages dann machen sich militärische Einheiten des Stadtkommandanten Wels auf den Weg zum Spartakusbund und besetzen – offiziell auf der Suche nach Waffen – dessen Geschäftsräume.



## **EIN NEUER KOMMANDANT FÜR DIE VOLKSMARINEDIVISION**

Offensichtlich gehörte Herrmann von Wolff-Metternich drei Tage zuvor zu den Putschisten, resümiert der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte. Als Kommandant der Volksmarinedivision beteiligte er sich mit einigen seiner Soldaten nicht nur am Versuch, Friedrich Ebert zum Präsidenten mit diktatorischen Vollmachten zu erheben. Sondern er war auch dabei ertappt worden, wie er mithilfe des Auswärtigen Amtes neue Reisepässe besorgen wollte. Dass er Anfang November von der Nachrichtenabteilung des Heeres direkt auf die Seite der revolutionären Matrosen wechselte, passt nun nur zu gut ins Bild. Zu ihrem neuen Kommandanten bestimmt die Volksmarinedivision den gelernten Schlosser Fritz Radtke. In der Stadt kursieren aber bereits die nächsten Gerüchte und ernst zu nehmende Hinweise auf weitere unmittelbar bevorstehende Aktionen, die Revolution zu stoppen.

# 10.12.1918

## **DIE GARDE-KAVALLERIE-SCHÜTZEN-DIVISION MARSCHIERT IN BERLIN EIN**

Mit einem Ritt durch das festlich geschmückte Brandenburger Tor rücken schwer bewaffnete Truppenverbände in Berlin ein. Unter ihnen befindet sich auch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division von Hauptmann Waldemar Pabst. Sie werden von Generalleutnant Arnold Lequis (Befehlshaber Generalkommando), dem Berliner Oberbürgermeister Adolf Wermuth und Friedrich Ebert empfangen, der sie mit den Worten willkommen heißt: «Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben.» Offiziell handelt es sich um eine Rückkehr der Fronttruppen, die Ebert für den Schutz der Republik gewinnen möchte. Bewaffnet mit schwerer Munition, folgen sie aber auch einem von Generalleutnant Wilhelm Groener entwickelten Plan zur Gegen-

Patrouille revolutionärer Matrosen



revolution – vorbereitet auf den Häuserkampf in den Arbeitervierteln und bereit zur vollständigen Machtergreifung des Militärs in der Hauptstadt.

### **EINE SOWJETDELEGATION WIRD ABGEWIESEN**

Der Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte hatte für den bevorstehenden Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte (16.–20. Dezember) auch an das Zentralkomitee der russischen Arbeiter- und Soldatenräte eine Einladung ausgesprochen. Nun verweigert allerdings der Rat der Volksbeauftragten der Sowjetdelegation (Adolf Joffe, Christian Rakowski, Nikolai Bucharin und Karl Radek) die Einreise. Sie wird in der Nähe von Wilna (Vilnius) aufgegriffen und mit bewaffneter Eskorte zurückgeschickt. Radek begibt sich daraufhin auf eigene Faust in Richtung Berlin.

### **ANSTOSS ZUR BILDUNG DES LANDES THÜRINGEN**

Im Stadtverordnetensaal des Erfurter Rathauses versammeln sich 69 Delegierte der Thüringer Arbeiter- und Soldatenräte, der kleinstaatlichen Regierungen und des Thüringer Ernährungsamtes, um sich den Fragen und Aufgaben zur «Beseitigung der Kleinstaaterei in Thüringen» zu widmen. Ihre gemeinsame EntschlieÙung, die «von ihnen vertretenen Gebiete zu einem Staate Thüringen als Teil der Einheitsrepublik Deutschland zusammenzufassen», bildet den Auftakt eines Prozesses, der am 1. Mai 1920 in die Gründung des Landes Thüringen mündet.

## **11.12.1918**

### **UM DEN VOLLZUGSRAT**

In der *Roten Fahne* macht sich Rosa Luxemburg Gedanken über den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte. Den Einmarsch der schwer bewaffneten Fronttruppen am Vortag sieht sie als Drohung und Provokation «in erster Linie» gegen den Vollzugsrat gerichtet. Sie befürchtet dessen bevorstehende «Ausschaltung», seine «Verurteilung

zu völliger Macht- und Bedeutungslosigkeit» gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten. Zum Verständnis für die «Geschicke der Revolution» würde dieser Vorgang von «allerhöchster Wichtigkeit» sein. Obwohl der Vollzugsrat formal gemäß den Beschlüssen des Vormonats das «höchste Organ der Republik» zu sein habe, hätten «Ebert und Co» die «tatsächliche Macht» aber bereits auf ihre Seite zu bringen gewusst.

### WEITERE TRUPPENVERBÄNDE ERREICHEN BERLIN

Nachdem bereits die Garde-Kavallerie-Schützen-Division Berlin erreichte, rückt nun – begrüßt durch Hugo Haase – die Deutsche Jäger-Division ein. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte protestiert zwar gegen diesen Einmarsch, bleibt damit letztlich jedoch erfolglos. Umstritten ist, inwieweit Friedrich Ebert in Generalleutnant Wilhelm Groeners Pläne zur Konterrevolution eingeweiht oder gar involviert ist.

### «BLUTTRIEFEND»

Den Putschversuch vom 6. Dezember führte in Berlin eine Gruppe mittlerer und niederer Offiziere mit Verbindungen ins Kriegsministerium und ins Auswärtige Amt durch. In den meisten Zeitungen jedoch wird den «Spartakisten» die Schuld zugeschoben. Vor allem für das Blutbad mit seinen 16 Toten werden sie verantwortlich gemacht, würden sie doch Chaos verbreiten, nach einer Schreckensherrschaft streben und selbst die ganze Zeit zum Putsch bereit stehen. Dämonisiert werden insbesondere Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die *Coburger Zeitung* schreibt zum Beispiel vom «entarteten Sohn» Wilhelm Liebknechts und der «bluttriefenden Rosa».

## 12.12.1918

### KEINE RAST

Es ist Donnerstag. Aber was spielt das in der Revolution für eine Rolle? Ruhe, Rast, die Möglichkeit zur Entspannung hat es für Rosa Luxemburg bislang nicht gegeben. So

verschlechtert sich auch ihr körperlicher Zustand. Paul Levi, ihr enger Weggefährte, gibt später Auskunft über die ersten Wochen nach Ausbruch der Revolution: «Wir verbrachten [sie] in einer Hetze von einem Hotelzimmer in das andere, ohne die Möglichkeit, wie wir uns oft sagten [im Original: versagten], auch ein Buch lesen zu können. Wir waren morgens um 11 Uhr bis abends um 12 Uhr im Redaktionslokal und in der Druckerei. Rosa Luxemburg verließ die Druckerei als letzte, oft so schwach, dass man sie an den Wagen tragen mußte.» Mathilde Jacob gegenüber aber betont sie trotz der Strapazen wiederholt: «Ich habe alles geschafft, was ich mir vorgenommen hatte. Ich bin so zufrieden.»

### **WEITERE TRUPPEN RÜCKEN NACH BERLIN**

Bereits den dritten Tag in Folge ziehen Fronttruppen nach Berlin. Mit Philipp Scheidemann ist es nun ein weiteres Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, das sie empfängt. Der Einmarsch der schwer bewaffneten Formationen (insgesamt zehn Divisionen) wird erst zwei Tage später abgeschlossen sein. Der Plan jedoch, mit den Soldaten eine Gegenrevolution auszuführen, verflüchtigt sich ebenso schnell, wie viele der Soldaten sich bei Ankunft in Berlin ihrer Uniform entledigen und selbst entlassen.

### **NEUE SPARTAKUSBEZIRKE**

In München hat sich am Vortag bereits ein Spartakusbund gegründet. Nun konstituieren sich neue Untergruppen und Ausschüsse des Bundes auch in Berlin. Zunächst im Nordosten (Weißensee, Heinersdorf, Hohenschönhausen) der Stadt und in Neukölln (Neckarstraße 3, bei Fritz Haberland), in den nächsten Wochen folgen auch die anderen Bezirke bis hin nach Johannisthal.

# 13.12.1918

## **DAS BUCH DER SAISON**

Was würde Rosa Luxemburgs «Buch der Saison» werden? Wenn sie denn in diesen Tagen überhaupt Zeit fände, zu einem guten Buch zu greifen? Vielleicht würde es Heinrich Manns «Der Untertan» sein? Die vollständige Fassung des bereits 1914 abgeschlossenen Manuskripts brachte der Leipziger Kurt-Wolff-Verlag am 30. November heraus. Das Buch verkauft sich allein in den ersten Wochen seit Erscheinen hunderttausendfach. Wie kaum ein anderes vermag es, den moralisch zerlumpte Teil der bürgerlichen Gesellschaft einzufangen und das Bild des Deutschen im wilhelminischen Kaiserreich zu zeichnen. Nachhaltigen Einfluss übt auch Karl Kraus' «Die letzten Tage der Menschheit» aus. Aktuell erscheint der Epilog als Sonderheft der Zeitschrift *Die Fackel*. Am Ende wird der Text zu einer Collage aus insgesamt 220 Szenen entlang von 137 Schauplätzen des Ersten Weltkrieges angewachsen sein.

## **BURGMKRIEG GEGEN SPARTAKUS**

Während der Stadtkommandant Otto Wels erneut die Redaktionsräume der *Roten Fahne* durchsuchen lässt, schreibt Rosa Luxemburg weiter an einer schon zuvor begonnenen umfangreichen Ausarbeitung. Bis zum 9. November 1918 hatte Spartakus für den Kampf gegen Krieg und Monarchie gestanden. In den Wochen darauf war aus dem konspirativ arbeitenden Zirkel eine legale Gruppe geworden, in die die einen ihre Hoffnungen und Sehnsüchte und die anderen ihre Ängste projizierten. Die Massen aber sammelten sich nicht hinter dem Spartakusbund. Aus dem innenpolitischen Burgfrieden des Krieges wurde ein Burgkrieg der Burgfrieden-Praktiker von gestern gegen Spartakus, große Teile der vom Weltkrieg erschöpften Arbeiterschaft darin eingeschlossen. Rosa Luxemburg will dem nun mit einem programmatischen Text entgegenwirken.

# 14.12.1918

## ○ **WAS WILL DER SPARTAKUSBUND? (I)**

In der *Roten Fahne* erscheint «Was will der Spartakusbund?». Mit diesem programmatischen Text grenzt Rosa Luxemburg den Spartakusbund von einem unter seinen Anhängern grassierenden Verbalradikalismus ab. Zugleich entwickelt sie darin eine Perspektive, die Revolution weiter voranzutreiben. In einem ersten Schritt, so hofft sie, werde der Spartakusbund auf der Grundlage dieses Programms die Mehrheit der USPD erobern und so diese Partei zu einer konsequent antikapitalistischen, demokratisch-sozialistischen Politik befähigen. Die Gründung einer neuen Partei – von einigen Anhängern immer lauter gefordert – lehnt Luxemburg nach wie vor ab. Dass ihr Text gut zwei Wochen danach dennoch zum Programm der KPD werden wird, ist nicht abzusehen.

## ○ **WAS WILL DER SPARTAKUSBUND? (II)**

Rosa Luxemburg fordert «einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft». Sie bleibt ihrem Politikansatz auch in diesem Fall treu. Diese Veränderungen könnten «nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert» werden. Wenn das Ganze etwas werden solle, müssen die Massen diese Veränderungen wollen und selbst durchführen: «Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.»

## ○ **EINE VERSICHERUNG**

Als Ziel und Aufgabe in «Was will der Spartakusbund?» sind ganz klar formuliert: «Es gilt, eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen.» Rosa Luxemburg hat

der Programmschrift aber auch die Versicherung eingeschrieben, dass der Spartakusbund dafür «nie anders die Regierungsgewalt übernehmen» werde «als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes». «Der Sieg des Spartakusbundes» – heißt es weiter – «steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionmassen des sozialistischen Proletariats.»

### «WIR STANDEN ALLEIN»

Im Moskauer Stadtbezirk Presnja erläutert Lenin auf einer Arbeiterkonferenz, was ihm Zuversicht gibt: «Wir standen allein. Jetzt sind wir nicht mehr allein. Jetzt ist Revolution in Berlin, in Österreich, in Ungarn; selbst in der Schweiz, in Holland und in Dänemark, in diesen freien Ländern, die den Krieg nicht gekannt haben – selbst dort wächst die revolutionäre Bewegung, und die Arbeiter fordern dort bereits die Organisierung von Räten. Jetzt hat sich gezeigt, daß es keinen anderen Ausweg gibt. Die Revolution reift in der ganzen Welt heran. Wir sind darin die ersten gewesen, und unsere Aufgabe ist es, diese Revolution so lange zu verteidigen, bis unsere Verbündeten nachrücken, diese Verbündeten aber sind die Arbeiter aller Länder Europas. Diese Verbündeten aber werden uns umso näher sein, je maßloser sich ihre Regierungen gebärden.»

## 15.12.1918

### GEDANKEN VOR ERÖFFNUNG DES ERSTEN REICHSRÄTEKONGRESSES

In ihrem Artikel für die *Rote Fahne* mahnt Rosa Luxemburg die in einem ruhigen Tempo daherkommenden Maßnahmen der Gegenrevolution nicht aus den Augen zu verlieren. Ebert und Scheidemann markiert sie erneut als ihre Agenten und klagt deren Regierungshandeln an: «Kein Tag ohne Erlaß, der nicht ein Steinchen, das aus dem

Gebäude morscher Kapitalistenherrschaft zu fallen drohte, wieder festmauerte.» Es ist für die Arbeiter- und Soldatenräte nicht der beste Moment, in dem sie am folgenden Tag zu ihrem ersten Reichskongress zusammenkommen werden, um einen Zentralrat zu wählen. Die Revolution habe ihren ersten Glanz verloren, und die Räte hätten es bislang nicht verstanden, der maßlosen Hetze des alten Regimes entgegenzutreten. Sicher auch, weil sie den «ganzen Apparat zur Beeinflussung der «öffentlichen Meinung» in den Händen der Regierung» belassen und schweigend mit angesehen hätten, «wie diese Regierung, dieser gegenrevolutionäre Klub, ihnen täglich Feuerbrände ins Haus warf». Aber dennoch, so Rosa Luxemburg, trotz der augenblicklichen Schwäche der Räte sei die Revolution weiter im Wachsen und bereits im Übergang auch, eine proletarische Revolution zu werden.

### **EIN MIßVERSTÄNDNIS ODER VERSEHEN**

Wie der *Vorwärts* berichtet, soll Rosa Luxemburg am folgenden Tag an einer Sitzung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte teilnehmen. Sie stehe als Referentin auf der Tagesordnung zum Thema «Sozialisierung». So sei das auch auf den Delegiertenkarten vermerkt. Wie sich herausstellt, beruht diese Information jedoch auf einem «Mißverständnis oder Versehen», welches Paul Levi in der *Roten Fahne* noch am selben Tage ausräumt. Dieses Korreferat sei zwar angeboten, vom Spartakusbund allerdings «ausdrücklich» abgelehnt worden, weil die entscheidenden Fragen zuvor bereits entschieden sein werden, «wonach die späteren Erörterungen über die Sozialisierung einen rein akademischen Charakter» trügen. Der genaue Sachverhalt lässt sich aus beiden Presseveröffentlichungen nicht entschlüsseln.

### **AUSSERORDENTLICHE VERBANDSVERSAMMLUNG DER USPD**

Ganz im Sinne der Empfehlungen in ihrem aktuellen Artikel in der *Roten Fahne* kritisiert Rosa Luxemburg die Politik der USPD-Führung auch in ihrer Rede bei der Außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung der USPD. Die von Luxemburg vorbereitete Resolution fordert den sofortigen Austritt der USPD-Vertreter aus dem Rat der

Volksbeauftragten, die sofortige Einberufung eines Parteitages, die «Übernahme der ganzen politischen Macht» durch die Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Entwaffnung der Gegenrevolution und die Bildung von Roten Garden zum Schutz der Revolution. Ihre Resolution erhält jedoch nur 195 Stimmen. Rudolf Hilferdings gleichzeitiger Vorstoß, die Organisierung von Wahlen zur Nationalversammlung nun als die wichtigste politische Aufgabe der Partei anzusehen, wird mit 485 Stimmen unterstützt. Rosa Luxemburgs Rede veröffentlicht die *Freiheit* in zwei Teilen am 16. und 17. Dezember 1918.

## **RUSSISCHE ZUSTÄNDE**

Der *Vorwärts* berichtet von drei Versammlungen, zu denen die SPD am Vortag in Berlin aufgerufen hatte. Im «Hofjäger», ein Restaurant in der Königgrätzer Straße 121, habe Philipp Scheidemann vom Rat der Volksbeauftragten dabei «unter stürmischen Beifall» mit dem Spartakusbund abgerechnet. «Die Einigkeit der Arbeiterbewegung», so ist zu erfahren, «sei nach der Revolution sofort wieder von denen gestört worden, die in der Einbildung leb[t]en, dem deutschen Volke russische Zustände aufzwingen zu können». Darüber hinaus gibt der *Vorwärts* aus Scheidemanns Rede «Spazierfahrten Liebknechts und Rosa Luxemburgs mit Maschinengewehren» wieder und weitere «bolschewistische Gewalttaten in Neukölln und Mariendorf», die im Bürgertum einen «Abwehrgedanken» großziehen würden.

## **INTERNATIONALE KOMMUNISTEN DEUTSCHLANDS**

Im Schatten der beiden großen Arbeiterparteien kommen wenig bemerkt in Berlin unabhängige revolutionäre Gruppen aus mehreren Orten zu einer Reichskonferenz zusammen. Am bekanntesten sind die Bremer Linksradikalen mit ihrer von Johann Knief herausgegebenen Zeitschrift *Arbeiterpolitik*. Während der zwei Tage ihrer Konferenz bilden sich die Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD). Sie propagieren die «sofortige Herbeiführung des Kommunismus», womit ein Gesellschaftszustand gemeint ist, «in dem alle Produktions- und Verkehrsmittel in den Händen und unter der Kontrolle des gesamten arbeitenden Volkes sind und in dem die Warenpro-

... duction abgelöst wird durch die Produktion für den Bedarf». Einer möglichen Regierung aus Vertretern des Spartakusbundes und des linken Flügels der USPD sichern die IKD unter bestimmten Umständen ihre Unterstützung zu.

## 16.12.1918

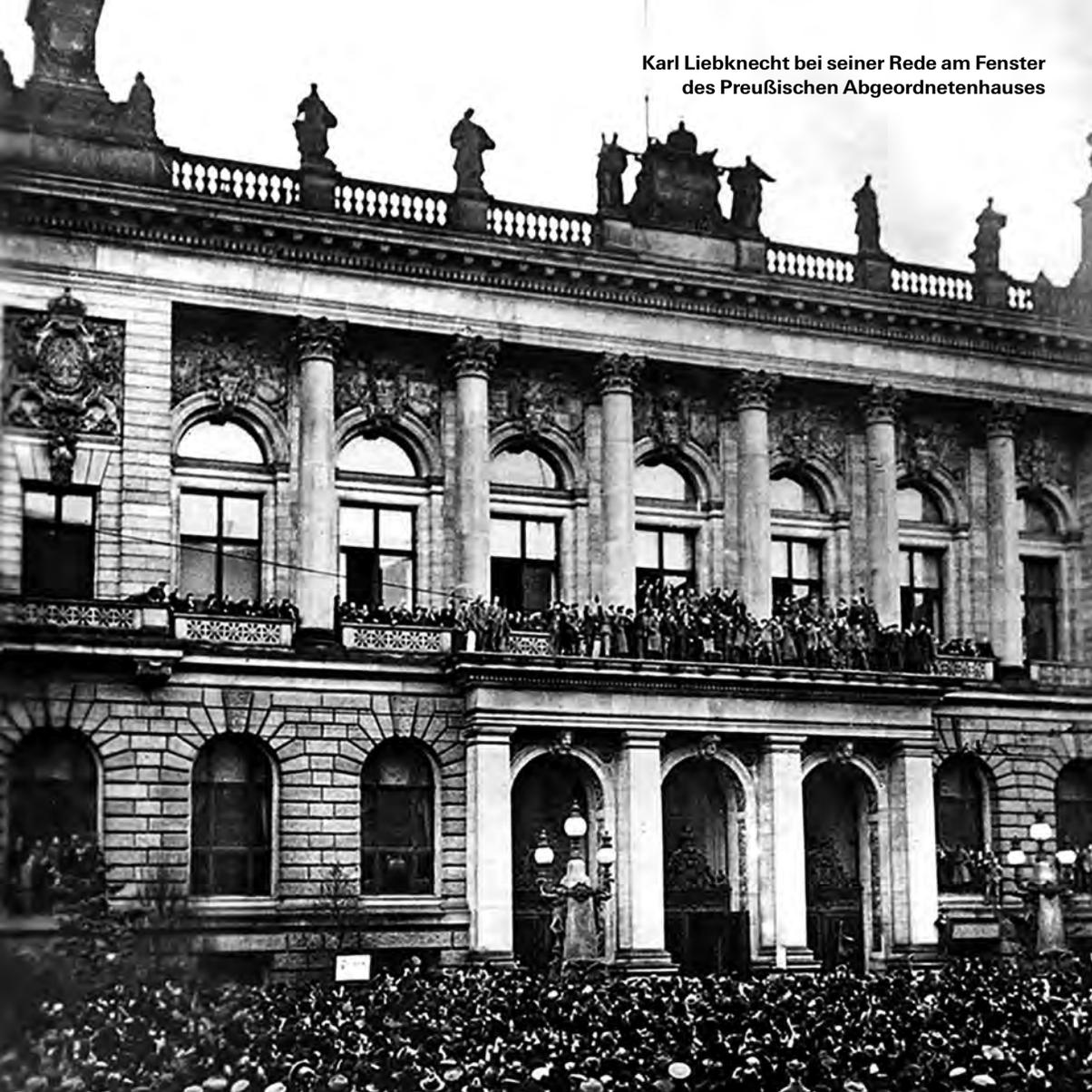
### ERSTER REICHSRÄTEKONGRESS ERÖFFNET

Arbeiter- und Soldatenräte sind Symbol und Träger der Revolution. vielerorts haben sie die Verwaltung übernommen. Sie halten das öffentliche Leben aufrecht. Im Preußischen Abgeordnetenhaus kommen sie ab 10.30 Uhr zu ihrem ersten Reichskongress zusammen. Es gibt viel zu diskutieren und mehr noch zu bestimmen. Mit 296 Delegierten unterstützt die übergroße Mehrheit die SPD. Der USPD fühlen sich 96 Delegierte verbunden und ganze 11 zählen sich zur Fraktion «Vereinigte Revolutionäre». Hinzu kommen 24 Delegierte der «Demokraten», der einzigen nichtsozialistischen Fraktion beim Kongress, sowie 37 fraktionslose Delegierte und 25, die einfach nur als Fraktion «Soldaten» am Kongress teilnehmen. Unter den 489 Delegierten sind zwei Frauen. Für den Gastgeber, den Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, eröffnet den Kongress Richard Müller.

### KEIN MANDAT

Am Nachmittag hat der Reichsrätekongress seinen ersten Aufreger. Aufgrund der vorab in Berlin vergleichsweise restriktiv angewandten Wahlordnung besitzen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kein Mandat. Erfolglos wird zu Beginn und am Ende der Sitzung zweimal der Antrag gestellt, sie beim Kongress wenigstens mit beratender Stimme zuzulassen. Schließlich aber stehen «ohne Ansehen der Person [...] rein geschäftsordnungsmäßige Gründe» dagegen, dem Antrag zuzustimmen. Das Kongressprotokoll vermerkt dazu «Sturmszenen bei der Abstimmung» und «andauernde lebhaft Unruhe». Liebknecht nutzt unterdessen die Gelegenheit, aus dem Fenster

Karl Liebknecht bei seiner Rede am Fenster  
des Preußischen Abgeordnetenhauses



⋮  
 ⋮  
 ▼ des Preußischen Abgeordnetenhauses heraus die riesige Menge zu begrüßen, die sich vor dem Gebäude eingefunden hat. Von 250.000 Menschen ist – vermutlich sehr übertrieben – die Rede.

## 17.12.1918

### ○ NATIONALVERSAMMLUNG ODER RÄTEREGIERUNG?

In der *Roten Fahne* ruft Rosa Luxemburg erneut die «Kardinalfrage der Revolution» auf: Nationalversammlung oder Räteregierung – auch beim Reichsrätekongress wird sie behandelt werden. Für Luxemburg ist das Dilemma klar: Entweder Nationalversammlung und damit Verzicht auf den Sozialismus oder Rätestrukturen und damit «schärfster Klassenkampf im vollen Rüstzeug des Proletariats gegen die Bourgeoisie». Idyllisch sei der Versuch, durch parlamentarisch erzielte Mehrheitsbeschlüsse Sozialismus zu verwirklichen. Ein solcher Plan stehe selbst hinter den geschichtlichen Erfahrungen der bürgerlichen Revolution zurück und rechne nicht mit der «Eigenart der proletarischen Revolution». Rosa Luxemburgs historische Herleitungen bringen sie zurück zu Ferdinand Lassalle und seinem geflügelten Wort: «Die revolutionäre Tat ist stets, auszusprechen das, was ist.» Sie lassen sie auch ausrufen: «Was bisher als Gleichberechtigung und Demokratie galt: Parlament, Nationalversammlung, gleicher Stimmzettel, war Lug und Trug! Die ganze Macht in der Hand der arbeitenden Masse als revolutionäre Waffe zur Zerschmetterung des Kapitalismus — das allein ist wahre Gleichberechtigung, das allein wahre Demokratie!»

### ○ SPANNUNG UND DER «GANZE BERLINER QUATSCH»

Der Reichsrätekongress geht in den zweiten Tag. Die Verhandlungen im «Revolutionsparlament» (Ernst Däumig) sind geprägt von Verfahrensvorschlägen und Geschäftsordnungsdebatten. Vor allem aber sind sie durchzogen von Spannungen und Vorwürfen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat der Arbeiter- und

Soldatenräte. Mehrere Redner beschwerten sich bereits «über den ganzen Berliner Quatsch und Streit» (G. Garbe, Kiel). Die meiste Zeit nimmt die Aussprache zum von Richard Müller am Vortag vorgetragenen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte ein.

### **ENTWAFNUNG DER GEGENREVOLUTION!**

Unabhängig der vielen Unterbrechungen durch Verfahrensfragen aber verlängert der Kongress einmütig die Redezeit von Otto Braß (USPD) aus Remscheid, als er von zahlreichen gegenrevolutionären Aktivitäten vor allem im Westen der Republik berichtet. Er enthüllt den Geheimbefehl eines Oberkommandos der Armee. Darin wird angeordnet, im Sinne der Konterrevolution «zuverlässige» Divisionen an der beschlossenen Demobilisierung vorbei unter Waffen zu belassen. Mit einer Mischung aus Empörung und Besorgnis fragt Braß: «Wer regiert hier eigentlich in der sozialistischen Republik? Die Volksbeauftragten oder die Oberste Heeresleitung?» Zu seinen Forderungen gehören die unverzügliche Festsetzung der Generäle, die Auflösung des stehenden Heeres und die Entwaffnung der Offiziere. Sie decken sich mit den von Heinrich Dornbach (Volksmarinedivision) verlesenen Forderungen einer Abordnung von 17 Berliner Regimentern, die einige Stunden später das Präsidium stürmt. Die Sitzung wird erneut «im allgemeinen Tumult» geschlossen.

## **18.12.1918**

### **DEMOKRATISIERUNG DES MILITÄRS**

Nach dem Auftritt der Abordnung aus den Berliner Regimentern ging das Ende der Sitzung des Reichsrätekongresses am Vortag im Tumult unter. Immerhin konnte sich noch darauf geeinigt werden, die vorgetragenen Forderungen zur Abstimmung zu stellen. Zur Eröffnung des Kongresstages um 9.30 Uhr sind sie von einer Kommission bereits in eine Beschlussfassung überführt und im *Vorwärts* veröffentlicht worden.

Sie bekommen Unterstützung vor allem von den Hamburger Kameraden. Ihr Soldatenrat habe die folgenden Punkte bereits umgesetzt, die nun zur Abstimmung stehen und vom Reichsrätekongress mit großer Mehrheit beschlossen werden. Das sind unter anderem:

- die Kommandogewalt über Heer, Marine und Schutztruppen geht an die Volksbeauftragten (unter Kontrolle des Vollzugsrates) über,
- alle militärischen Rangabzeichen sind zu entfernen,
- für die Aufrechterhaltung der Disziplin werden allein die Soldatenräte zuständig,
- während die Soldaten ihre Führer selbst wählen und die Abschaffung des stehenden Heeres zur Errichtung einer Volkswehr zu beschleunigen ist.

Friedrich Ebert ist zwar bemüht, diese in Zukunft bald so genannten «Hamburger Punkte» abzumildern, scheitert jedoch mit seinem zu durchsichtigen Versuch, sie als einfache «Richtlinien» zu deklarieren.

### **WEITERE ANTRÄGE BEIM REICHSRÄTEKONGRESS**

Die Delegierten nehmen auch den tags zuvor vorgetragenen Antrag zur sofortigen «Entwaffnung der Gegenrevolution» an. Sie beschließen ferner, «großkapitalistischen Pressekonzernen» Einschränkungen ihres «ökonomischen Übergewichts» aufzuerlegen, um die Pressefreiheit für alle Bevölkerungsschichten zu gewährleisten. Überschüsse über vier Prozent Verzinsung ihres Anlagenkapitals haben Herausgeber von Tageszeitungen von nun an an die Reichskasse abzuführen.

### **PROBLEME EINES «REVOLUTIONSPARLAMENTS»**

Der Reichsrätekongress verläuft weiterhin sehr unruhig. Beständig erscheinen neue Delegationen Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter, die mit ihren Forderungen – in den Worten Richard Müllers – daran erinnern, «daß wir in einer revolutionären Zeit leben» und «ein Volk» nicht «vom grünen Tisch aus» regiert werden könne. Demgegenüber macht der zum Vorsitzenden des Kongresses gewählte Robert Leinert (SPD) deutlich, die Verhandlungen «durch das Erscheinen solcher Deputationen nicht [weiter] stören und aufhalten zu lassen», arbeite der Kongress doch nicht nur im Interesse des Ber-

liner Proletariats, sondern der Arbeiter des ganzen Landes. An anderer Stelle weist er einen Redner zurecht: «Sie müssen sich daran gewöhnen, wenn die Glocke des Vorsitzenden ertönt, daß sie zunächst zu schweigen haben.» Anträge zur Geschäftsordnung wechseln mit eingeübten «persönlichen Bemerkungen» ab, die regelmäßig bereits geschlossene inhaltliche Debatten zu öffnen suchen. Am Ende des Tages bestand eine Prüfungskommission, dass 72 Mandate für den Kongress als vorläufig ungültig anzusehen sind.

### **AUFGABEN DER JUGENDARBEIT**

Am Rande des Reichsrätekongresses treffen sich Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches mit Willi Münzenberg, um sich über die bevorstehenden Aufgaben und Ziele der Jugendarbeit auszutauschen. Münzenberg ist aus Stuttgart angereist. Bis zu seiner Ausweisung einen Monat zuvor hatte er in der Schweiz das internationale Büro der sozialistischen Jugendorganisationen geleitet. In den kommenden Monaten wird er die dabei geknüpften Verbindungen von Deutschland aus wieder aufnehmen und zu den wichtigsten Initiatoren der Kommunistischen Jugendinternationale gehören, schließlich auch ihr erster Vorsitzender werden.

## **19.12.1918**

### **NATIONALVERSAMMLUNG ODER RÄTESYSTEM?**

Die so zugespitzte Frage ist beim Reichsrätekongress das dominierende Thema des vierten Sitzungstages. Sie wird gleich zu Beginn aufgerufen. Lange Für- und Gegenreden halten Max Cohen und Ernst Däumig (beide vom Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte), dessen Antrag, am Rätesystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festzuhalten, mit großer Mehrheit abgelehnt wird. Allerdings ist vor dieser prinzipiellen Abstimmung bereits Cohens Antrag angenommen worden, wonach der Termin für Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung

der 19. Januar 1919 sein solle. Ins Protokoll gehen später schriftliche Erklärungen ein, gegen Däumigs Antrag gestimmt zu haben, allein weil das Rätssystem darin in einen Gegensatz zur Nationalversammlung gestellt wurde. «Zur Förderung der Revolution» sollte das Rätssystem vielmehr «neben der Nationalversammlung» bestehen bleiben. Darüber aber wurde nicht abgestimmt.

## **DIE WAHL DES ZENTRALRATS**

Im Schatten der Abstimmung über Wahlen zur Nationalversammlung wird der neue Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte bestimmt. Ein Teilparagraf in einer vorherigen Abstimmung legte die «parlamentarische Überwachung des deutschen und preußischen Kabinetts» als seine Aufgabe fest. In der Diskussion darüber, was unter «parlamentarischer Überwachung» zu verstehen ist, gehen die Meinungen weit auseinander. Die Fraktion der USPD fordert für den Zentralrat das Recht ein, Gesetzen noch vor ihrer Verkündung zustimmen oder sie ablehnen zu können. Nachdem sie damit keinen Erfolg erzielt, verlässt sie (wie das Protokoll vermerkt) «unter großer Unruhe» den Saal und bleibt der Wahl mit dem Ergebnis fern, dass alle 27 Mitglieder des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte der SPD-Liste angehören. Es ist abzusehen, dass der Zentralrat in dieser Form und Zusammensetzung für den Rat der Volksbeauftragten kaum mehr als ein beratendes Gremium werden wird.

## **TIEF IM LEBEN DER NATION**

Aus Kassel meldet sich Paul von Hindenburg von der Obersten Heeresleitung (OHL) mit einem Telegramm an alle Armeeoberkommandos. Eine «solch tief ins Leben der Nation einschneidende Veränderung» wie die am Vortag vom Reichsrätekongress verabschiedeten «Hamburger Punkte» zur Demokratisierung des Militärs könne, so von Hindenburg, nur «von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden». Mit dieser, für einen Generalfeldmarschall doch recht ungewöhnlichen Aussage begründet er, dass alle bislang von der OHL gegebenen Befehle weiter ihre Gültigkeit besäßen. Das heißt, das Heer stehe «nach wie vor loyal zur Regierung Ebert», von der es aber nun auch erwarte, dass die «von ihr gegebene Zusage

über den Bestand des Heeres» eingehalten und den Offiziers- wie Unteroffizierskorps weiter ermöglicht werde, ihren Dienst zu tun.

### **KARL RADEK ERREICHT BERLIN**

Nachdem seine sowjetische Delegation am 10. Dezember an der Grenze abgewiesen worden war, machte sich Karl Radek zusammen mit drei Begleitern, darunter Ernst Reuter, auf eigene Faust auf den Weg nach Berlin. Er war Gegenspieler Rosa Luxemburgs schon seit ihrer gemeinsamen Zeit in der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens und später auch auf dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie. Jetzt ist er mit einem offiziellen Mandat des russischen Revolutionsführers Lenin ausgestattet und nimmt gleich nach seiner Ankunft in Berlin Kontakt zu den führenden Mitgliedern des Spartakusbundes auf. Sie treffen sich in einer Arbeiterkneipe bei der Friedrichstraße. Levi zufolge änderte sich Rosa Luxemburgs ablehnende Haltung Karl Radek gegenüber jedoch nicht: Ein «Kommissar für Bolschewismus» würde ihrer Meinung nach nicht gebraucht. Die Bolschewiki mögen mit ihrer Taktik zu Hause bleiben.

## **20.12.1918**

### **«EBERTS MAMELUCKEN»**

So ist ein Artikel in der aktuellen Ausgabe der *Roten Fahne* überschrieben. Das meint zu lokalen Herrschereliten aufgestiegene, aber ihrem Wesen nach noch immer: Sklaven, zu denen der Reichsrätekongress nach Rosa Luxemburgs Empfinden bislang degradiert wurde. Luxemburg empört die Ungeniertheit und der Zynismus, mit denen die «Ebert-Leute» den Kongress «wie einen Hampelmann in Bewegung setzten, auf die parlamentarische Ungeschultheit und Unbeholfenheit der Arbeiter- und Soldatendelegierten bauend». Sie führt Beispiele wie etwa die Abstimmungen zu Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung auf, an denen sie beobachtet, wie die gleichen, nur leicht erneuerten Polittechniken zum Einsatz kamen, mit denen schon «die (Instan-

zen» der alten Partei und Gewerkschaften, die Arbeiterschaft korrumpierten und gängelten, um sie für den moralischen Kladderadatsch des 4. August [1914] reifzumachen.»

## **REIF FÜR DIE SOZIALISIERUNG?**

Der wichtigste, auf Druck der Delegiertenbasis gestellte Antrag am fünften Sitzungstag des Reichsrätekongresses lautet: «Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte beauftragt die Regierung, mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen.» Er wird mit großer Mehrheit angenommen. Für einige bedeutet Sozialisierung nicht bloß Verstaatlichung. Der Antragsteller, Heinrich Schliestedt (USPD, Remscheid), betont beispielsweise, dass es vor allem darauf ankomme, auch in den Betrieben anders als bisher zu arbeiten. Insbesondere sei die Verwaltung der Betriebe einzubeziehen und die Arbeiter daran mit ihren Räten zu beteiligen.

## **«PARTEIGENOSSEN UND PARTEIGENOSSIN!»**

Der Erste Reichsrätekongress neigt sich seinem Ende. Es gab wegweisende, widersprüchliche und umstrittene Beschlüsse – aber es steht noch eine Premiere an: Mit Käthe Leu (USPD), delegiert aus Danzig, hält erstmals eine Frau als Abgeordnete eine Rede vor einem deutschen Parlament. Da außer ihr und Klara Noack (SPD, Dresden) nur Männer den Kongress bestreiten, eröffnet sie mit den Worten: «Parteigenossen und Parteigenossin!» Sie unterstützt den schließlich erfolgreichen Antrag, dass der Kongress es zur «besonderen Aufgabe der Revolution» erklärt, «die bisher auf allen Lebensgebieten zurückgesetzten Interessen der Frauen überall tatkräftig zu fördern». Sie führt aus, dass die «Sicherung der Revolution nur mit der Frau geschehen» könne und darüber hinaus eine der «größten Aufgaben» darin bestehe, die «Frauen Deutschlands mit dem Sozialismus vertraut» zu machen.

## **EINE SENDUNG FÜR LENIN**

Gleich nach dem Eintreffen Karl Radeks in Berlin bittet Rosa Luxemburg Eduard Fuchs, nach Moskau zu reisen. Mit auf den Weg gibt sie ihm einen Brief, der herzli-

che Grüße, «von unserer Familie» (das meint den Spartakusbund) und insbesondere von Karl Liebknecht und Franz Mehrings übermittelt. Rosa Luxemburg übersendet Lenin auf diesem Wege auch die erst eine Woche alte Programmschrift «Was will der Spartakusbund?». Vor allem aber verbittet sie sich jegliche Einmischung aus Moskau, wo bereits die Vorbereitungen zur Gründung einer Neuen Internationalen anlaufen. Fuchs soll bei Lenin in diesem Sinne persönlich vorstellig werden.

### **BRIEF AN CLARA ZETKIN**

Weil Emil Unfried, Mitglied des Stuttgarter Arbeiterrates (vermutlich wegen des Reichsrätekongresses) gerade in Berlin weilt, nutzt Rosa Luxemburg schnell noch die Gelegenheit, in einem kurzen Schreiben auch Clara Zetkin «tausend Grüße und Umarmungen» zuzusenden. Ihren zuletzt übermittelten Artikel findet sie ganz «famos» und hat ihn gleich in Druck gegeben. Er zeige vor allem an, dass Clara Zetkin «wieder mobil und frisch» sei, und wird am nächsten Tag in der *Roten Fahne* mit dem Titel «Ein Stück Sozialisierung» erscheinen.

## **21.12.1918**

### **«EIN PYRRHUSSIEG»**

Die Ergebnisse des Ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte sind für Rosa Luxemburg ernüchternd. Alles in allem kämen sie einem «Sieg der Ebert-Regierung» und einem «Sieg der Gegenrevolution auf der ganzen Linie» gleich. Statt die Errungenschaften der Revolution zu sichern und «sich der politischen Gewalt für die Sache der Revolution zu bemächtigen», das wäre in Rosa Luxemburgs Augen «seine Mission» gewesen, habe der Reichsrätekongress sich als oberster Souverän der Revolution «selbst entleibt und die ihm anvertraute Macht dem Feinde ausgeliefert». Aber das sei nur ein Pyrrhussieg. Denn das alte Deutschland bestehe nicht mehr und der Reichsrätekongress habe in nur wenigen Tagen so gründlich «alle schleppenden

Schleier von dem Kern der Gegenrevolution» hinweggezogen, dass er nun «wie eine Sprengmine die Gewissen der proletarischen Massen aufrütteln» müsse.

## BEISETZUNG DER OPFER DES 6. DEZEMBER

Auf dem Friedrichshainer Friedhof der Märzgefallenen werden ein zweites Mal Tote der Novemberrevolution beigesetzt. Es handelt sich um 14 der am 6. Dezember Ermordeten, als mit Maschinengewehrsalven eine genehmigte Demonstration während des parallel stattfindenden Putschversuches unterbunden wurde. Der Spartakusbund organisiert den Trauerzug – und es ist eine große Demonstration von 15.000 bis 30.000 Menschen, die sich von der Siegesallee hin zum Friedhof der Märzgefallenen in Bewegung setzen. Aus allen Berliner Großbetrieben sind Delegationen vertreten. Karl Liebknecht redet auf mehreren Zwischenkundgebungen. Revolutionäre Obleute fordern erneut den Austritt der USPD-Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten.

# 22.12.1918

## «C'EST LA RÉVOLUTION»

Bei all dem «Trubel» kommt Rosa Luxemburg nicht mehr zum Nachdenken darüber, wie es ihr überhaupt geht. «C'est la révolution», schreibt sie lapidar an Clara Zetkin. Glücklicherweise macht Rosa Luxemburg die Nachricht, dass Zetkins gesundheitlicher Zustand sich verbessert. Ansonsten entwickle sich die Arbeit «famos». Näheres, wie auch ihre Auffassung zu den wichtigsten politischen Fragen, werde ihr Willi Münzenberg «in bester Weise» erzählen. Münzenberg hatte sich mit Rosa Luxemburg schon vier Tage zuvor am Rande des Reichsrätekongresses über die bevorstehenden Aufgaben und Ziele der Jugendarbeit ausgetauscht. Soweit es die Kräfte des Spartakusbundes in Berlin zulassen – denn auch Käthe Duncker ist aktuell «sehr krank und wenig aktionsfähig» – wird das Engagement in Frauen- und Bildungsarbeit wieder erhöht werden.

### **SPARTAKUSBUND TERMINIERT KONFERENZ**

Die Zentrale des Spartakusbundes entscheidet, für den 30. Dezember eine Reichskonferenz einzuberufen. Das immer stärker belastete Verhältnis zur USPD, deren Bestandteil der Spartakusbund seit Gründung der Partei ist, müsse geklärt, die Folgen der politischen Niederlage während des Reichsrätekongresses diskutiert und die eigene Position zu den anberaumten Wahlen für die Nationalversammlung bestimmt werden. An die Leitung der USPD richtet der Spartakusbund die Aufforderung, einen Parteitag einzuberufen, um die weitere Mitarbeit im Rat der Volksbeauftragten öffentlich zu diskutieren.

### **KRIEGSBESCHÄDIGTE VOR DEM KRIEGSMINISTERIUM**

An diese Bilder wird sich die deutsche Gesellschaft gewöhnen müssen: Eine Demonstration von ungefähr 10.000 Kriegsbeschädigten zieht vor das Kriegsministerium und protestiert dagegen, dass bis dato dringend notwendige Reformen auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgeblieben sind. Die Spitze der Demonstration bilden Blinde mit ihren Hunden. Auf Krücken folgen ihnen mehrere Hundert Beinamputierte.

## **23.12.1918**

### **EINE «RECHNUNG OHNE DEN WIRT»**

Rosa Luxemburg gesteht die politische Niederlage beim Reichsrätekongress zwar ein. Gewonnen hätten die «kapitalistischen Schutztruppen» damit aber nicht. Ihren Plan gelte es zu durchkreuzen. Die Nationalversammlung verkörpere nicht die Werte des Sozialismus. Dennoch kündigt Rosa Luxemburg nun in der *Roten Fahne* an, ihre «Tribüne» nutzen zu wollen: «Wie wir das infame preußische Dreiklassenwahlrecht ausnützten, um im Dreiklassenparlament gegen das Dreiklassenparlament zu kämpfen, so werden wir die Wahlen zur Nationalversammlung zum Kampfe gegen die

Nationalversammlung verwerten.» Die Rechnung sei bislang ohne den Wirt gemacht worden. Das Schicksal der Revolution liege nicht bei parlamentarischen Mehrheiten, sondern in den Händen der «wirklichen Träger der Revolution», der «proletarischen Masse draußen in den Betrieben und auf der Straße». Der proletarischen Revolution gehöre die Zukunft.

### **ERHITZTE GEMÜTER**

Dass Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beim Reichsrätekongress kein Mitspracherecht erhielten, erhitzt noch immer die Gemüter und entzweit die Belegschaften in den Betrieben. Entsprechende Berichte veröffentlichen der *Vorwärts* und die *Freiheit* in ihrer aktuellen und der folgenden Ausgabe über die Stimmung bei der Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte.

### **«DAS GEHT HIER [...] KEINE STUNDE MEHR»**

Nach der Erinnerung von Emil Barth hinterließen die Demonstrationen am 21. Dezember bei Friedrich Ebert bleibenden Eindruck. Auf der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten ruft er – laut Barth – noch am Vormittag aus: «Kollegen, so geht es nicht mehr. Das halten ja die stärksten Nerven nicht aus. Wir können, hier in Berlin, keine Stunde mehr regieren. Am Sonnabend, nein, das ist nicht zum Ertragen, da war doch alles in Berlin wieder auf den Kopf gestellt. Wenn hier 12 Mann bewaffnet hereinkommen und die Wache wehrt sich nicht, und wir wehren uns nicht, dann heben sie uns einfach aus, und das Regieren hat ein Ende. Das geht hier mit den ewigen Deputationen und den ewigen Bedrohungen keine Stunde mehr. Wir müssen heute noch nach Weimar oder Rudolstadt.»

### **VOLKSMARINEDIVISION**

Seit Tagen wird die Volksmarinedivision gedrängt, endlich wieder das Berliner Schloss und den Marstall zu verlassen. Fadenscheinig und in Bezug auf das Wirken der Division auch fälschlich heißt es, es habe Plündereien und Vandalismus an der alten kaiserlichen Ausstattung gegeben. Die Volksmarinedivision möge zu-

dem ihre Truppenstärke von weit über 2.000 auf 600 Mann verkleinern und sich in die vom Stadtkommandanten Otto Wels unterdessen aufgebaute Republikanische Soldatenwehr eingliedern. Nun verweigert ihr Wels auch noch die Auszahlung der Löhne. Die Division habe sich als aufgelöst zu betrachten. Die Matrosen besetzen daraufhin alle Zugänge zur Reichskanzlei und nehmen später Wels und seinen Stellvertreter gefangen. Am Abend umstellen Truppen unter dem Kommando von Generalleutnant Lequis die Reichskanzlei, wo die Volksmarinedivision aber Unterstützung von der Sicherheitswehr des Polizeipräsidenten Emil Eichhorn erhält. Friedrich Ebert vermittelt erfolgreich den Abzug der Truppen und verspricht, sich im Rat der Volksbeauftragten am nächsten Tag den Forderungen der Volksmarinedivision zu beschäftigen.

## 24.12.1918



### «BLUTWEIHNACHT» AM BERLINER SCHLOSS

Entgegen den Absprachen am Vortag ziehen in den frühen Morgenstunden die Kriegstruppen von Generalleutnant Lequis vor dem Berliner Schloss auf. Verstärkt durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division sowie die Republikanische Soldatenwehr und offensichtlich gedeckt durch Friedrich Ebert, fordern sie um 8 Uhr die wenigen verbliebenen Matrosen auf, es innerhalb von zehn Minuten zu räumen. Nach Ablauf der Frist beginnen sie einen Sturmangriff mit schwerem Artilleriegeschütz. Aufgeschreckt durch den Kanonendonner und alarmiert durch Fabriksirenen, strömen Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter aus allen Berliner Bezirken der Volksmarinedivision zu Hilfe, durchbrechen die Absperrungen zum Schlossplatz und drängen die Truppen zurück: in eine schmachvolle Niederlage. Nach der Kapitulation hat die Oberste Heeresleitung 56 Tote zu beklagen. Aufseiten der Volksmarinedivision sind es elf, plus eine ungezählte Zahl von Unterstützerinnen und Unterstützern. Es werden Vorkehrungen getroffen, den Rat der Volksbeauftragten aus Berlin zu evakuieren.

## **INTERNATIONALE KOMMUNISTEN UND DER SPARTAKUSBUND**

Nur eine Woche nach ihrer offiziellen Gründung beschließen die Internationalen Kommunisten Deutschlands auf ihrer zweiten Reichskonferenz in Berlin, eine Vereinigung mit dem Spartakusbund voranzubringen. Denn die früher noch «prinzipiellen taktischen Gegensätze» zwischen den beiden «Organisationen des revolutionären Kampfes» seien durch die Entwicklung und Gesamtlage der deutschen Revolution überholt und allein zu «Unterschieden in der Formulierung gleicher Auffassung zusammengeschrumpft». Dem Spartakusbund solle nun eine «Gründungskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)» vorgeschlagen werden. Entscheidenden Einfluss auf diese Entwicklung hatte die persönliche Ansprache von Karl Radek auf Johann Knief.

## **HEILIGABEND INNER- UND AUSSERHALB DER GEFÄNGNISMAUERN**

Ihren ersten Heiligabend außerhalb der Gefängnismauern feiert Rosa Luxemburg zusammen mit Paul Levi. Beide hatten sich 1913 kennengelernt. Als Anwalt verteidigte Levi sie 1914 vor dem Frankfurter Gericht gegen den Vorwurf, zum Ungehorsam aufgerufen zu haben. Sie gingen ein kurzes und leidenschaftliches Liebesverhältnis ein, das sie in eine innige Freundschaft zu überführen wussten. Ob Rosa Luxemburg an diesem 24. Dezember inmitten der Berliner «Weihnachtskämpfe» auch an das Jahr zuvor gedacht hat? Kurz vor Heiligabend 1917 schrieb sie aus dem Breslauer Gefängnis an die Kunsthistorikerin Sophie Liebknecht ihren berühmt gewordenen «Büffelbrief», den Karl Kraus später in seiner Zeitschrift *Die Fackel* als «einzigartiges Dokument der Menschlichkeit» veröffentlichen sollte.



Berliner Schloss nach den «Weihnachtskämpfen» 1918.  
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R72464

# 25.12.1918

## REAKTIONEN AUF DIE «WEIHNACHTSKÄMPFE»

In zahlreichen Städten Deutschlands finden Solidaritätsaktionen für die überfallene Volksmarinedivision statt. Tausende Berlinerinnen und Berliner begutachten den zum Trümmerfeld gewordenen Schlossplatz. Von einer riesigen Massenkundgebung dort löst sich – initiiert durch Mitglieder der Berliner USPD, der Revolutionären Obleute, der Volksmarinedivision und des Spartakusbundes – ein Demonstrationzug, der sich zum *Vorwärts*-Gebäude begibt und es besetzt. Mit Blick auf die «Weihnachtskämpfe» ist in der überregionalen Presse vom «Matrosenputsch» die Rede, Generalleutnant Lequis verteidigt den Militäreinsatz damit, von «der Reichsregierung beauftragt» worden zu sein, und erklärt den eigenen Fehlschlag damit, dass seine Soldaten nicht auf Frauen und Kinder schießen würden. Es kursieren darüber hinaus Gerüchte, dass Karl Liebknecht in Berlin nun bereits regiere.

## BRIEF AN CLARA ZETKIN

Seit ihrer Haftentlassung sitzt Rosa Luxemburg erstmals wieder an ihrem Schreibtisch in der Lindenstraße 2. Sie nutzt die Zeit, Clara Zetkin in einem Weihnachtsgruß kurz vom «Trubel und Hatz» der letzten Tage zu berichten. Sitzungen, die Redaktionsarbeit und immer wieder die Warnungen, dass Karl Liebknecht und ihr «von Mordbuben aufgelauert» werden könnte, bis ihr die Sache «zu dumm» werde. Und dazwischen gibt es dann beständig «revolutionäre Störungen», wie die von Luxemburg begrüßte «großartige Demonstration», die den Redaktionssitz des *Vorwärts* besetzt hat. Die Ereignisse werfen auch Rosa Luxemburgs Tagesplanung um. Sie hofft, in Berlin bald Unterstützung durch Julian Marchlewski zu erhalten. Die USPD sieht sie «in voller Auflösung». Den Brief hat sie erst am folgenden Tag abschicken können.

## 26.12.1918



### EIN GROSSES ARBEITSFELD UND OFFENE ARME

Als Rosa Luxemburg im Laufe des Tages Nachricht von Clara Zetkin erhält, antwortet sie umgehend: «Liebste, ich erhalte soeben Deine Zeilen vom 23. Daß ich zu Euch komme, ist undenkbar, ich kann das Blatt [*Die Rote Fahne*] nicht für einen Tag verlassen. Die Aussicht, daß Du herkommst, begrüße ich mit tausend Freuden. Hier warten auf Dich sehnlich Freunde, ein großes Arbeitsfeld und ich mit offenen Armen. Mein Häuslein steht natürlich zu Deiner Verfügung und wartet auf Dich. Ich werde Dir von nun an jeden Tag die *Rote Fahne* selbst schicken. Schreibe baldigst, ob und wann Du kommst. Ich bin glücklich bei dem Gedanken daran. Ich umarme Dich von Herzen, immer Deine RL.»



## 27.12.1918



### EINIGUNG IM BESETZTEN VORWÄRTS

Das Gebäude des *Vorwärts* ist seit zwei Tagen besetzt. Als die Demonstrantinnen und Demonstranten dort eindringen, entdecken sie mindestens 18 Maschinengewehre, mehr als 20 Kisten mit Handgranaten und im Hof ein Panzerauto. Sie forderten den Rücktritt der «Ebert-Regierung» und produzierten in diesem Zusammenhang als *Roter Vorwärts* mehrere Flugblätter. Philipp Scheidemann berichtete auf der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten, dass auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Gebäude vorbeigeschaut hätten. Die SPD verlangt die Herausgabe, hat aber kaum noch Machtmittel, es durchzusetzen. Allerdings hat auch die Versammlung der Revolutionäre Obleute und Vertrauensleute am Vortag eine Resolution verabschiedet, in der zwar Verständnis ausgedrückt wird für den «Groll der Arbeitermassen». Die Besetzung des *Vorwärts* aber wird nicht mehr als das richtige Mittel erkannt, «den



⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ▼ umfassenden Endkampf gegen die offene und verkappte Gegenrevolution aufzunehmen». Die Revolutionären Obleute empfehlen, die Aktion abzubrechen. Nach dem Versprechen, dass diese Erklärung umgehend auch im wieder regulär erscheinenden *Vorwärts* abgedruckt wird, kommen die Besetzer der Empfehlung nach.

## 28.12.1918

### ○ ZU SPÄT UND ERLEDIGT?

Die Parteileitung der USPD hat mit wenig überzeugenden Gründen die von den Revolutionären Obleuten und dem Spartakusbund geforderte Einberufung eines Sonderparteitages abgelehnt. Vor den für den 19. Januar 1919 beschlossenen Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung wird es also keine Möglichkeiten mehr zu einem parteiinternen Klärungsprozess geben. Die ohnehin für den folgenden Tag anberaumte Reichskonferenz des Spartakusbundes muss darauf reagieren. So bereitet sich auch Rosa Luxemburg auf die Ereignisse der kommenden Tage vor. Für die *Rote Fahne* blickt sie auf die Formierung des Spartakusbundes seit dem 4. August 1914 zurück, schreibt über seine jetzt zutage getretenen Aufgaben und über die «Abgründe», die ihn inmitten der Revolution von der USPD zu trennen begannen. Selbst wenn die USPD-Führer alsbald «unter dem Druck der allgemeinen Verachtung und des eigenen moralischen Zusammenbruchs endlich die schmachvollen Bande mit der Ebert-Regierung» lösen sollten, würde für es für sie «zu spät» sein. Denn politisch seien sie für das Proletariat und die weitere Entwicklung der Revolution bereits «erledigt».

### ○ **AUSTRITT DER USPD AUS DEM RAT DER VOLKSBEAUFTRAGTEN**

▼ Rat der Volksbeauftragten und Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte kommen zu einer Krisensitzung zusammen. Viele Stunden debattieren sie zum Teil erbittert über

die «Weihnachtskämpfe» vom 23./24. Dezember. Schließlich wird klar, dass viele von den Ereignissen nicht nur überrascht und überrumpelt, sondern die USPD-Vertreter zuvor auch bewusst übergangen und dann belogen worden sind. Daraufhin treten noch in der Nacht Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth zurück. Sie erklären, den Rat der Volksbeauftragten «aus Überzeugungstreue und Pflichtgefühl» verlassen zu haben, als «immer deutlicher wurde, daß die Mehrheitssozialisten die alte militärische Gewalt festhielten, um sich selbst auf sie zu stützen». Sie wüssten nun, in diesem Gremium nicht mehr agieren zu können, ohne die Revolution und den Sozialismus zu gefährden. Damit handeln sie zwar im mehrfach vorgetragenen Sinne Rosa Luxemburgs, aber eben auch genau nach den Plänen Friedrich Eberts und der Obersten Heeresleitung. Wie die *Freiheit* drei Tage zuvor vermeldete, habe die OHL bereits Anfang Dezember einen «Kabinettszwist», der das Ausscheiden der USPD-Vertreter nach sich zöge, für «zweckmäßig» gehalten.

### **NEUER BERLINER STADTKOMMANDANT**

Der ehemalige Franziskanerpater Leutnant Anton Fischer (SPD) ersetzt Otto Wels als Berliner Stadtkommandant. Noch am Abend erklären sich die drei SPD-Volksbeauftragten mit seinem neuen Aufstandsbekämpfungsprogramm einverstanden, das die Genehmigung zum sofortigen Waffeneinsatz beinhaltet, sobald – nach späterer Aussage Fischers – «irgendwie Truppen oder Demonstranten kämen», die seine Untergebenen von ihren Posten (zum Beispiel beim Gebäudeschutz) verdrängen wollten und der Aufforderung zum Zurückgehen nicht Folge leisteten. «Wird dieser Aufforderung nicht nachgekommen, soll so lange von der Waffe – Schuß- und Stoßwaffe – Gebrauch gemacht werden, bis Verstärkung da ist oder die Angreifer zurückgeschlagen sind.»

# 29.12.1918

## TELEFONAT MIT MATHILDE JACOB

Mathilde Jacob, die mit allen denkbaren Finessen während Rosa Luxemburgs Haft deren Verbindung zur Spartakusgruppe gehalten hatte, notiert unter diesem Datum ein gemeinsames Telefonat. Beide haben einander länger schon nicht mehr gesehen. Rosa Luxemburg könnte ein paar Stunden frei haben und wünschte sich Mathildes Besuch. Aber Mathilde Jacob ist ausweichend, fühlt sich von Luxemburg nicht hinreichend gewürdigt und ist gebunden auch durch Arbeiten, die sie aktuell für Leo Jogiches übernimmt. So bleibt am Ende des Tages nur das Telefongespräch – auch weil sich herausstellt, dass es für Luxemburg doch keine freie Stunde geben würde. Die Arbeit in der *Roten Fahne*, vor allem aber die bevorstehenden Ereignisse erfordern schon jetzt ihre volle Aufmerksamkeit.

## EIN NEUER RAT DER VOLKSBEAUFTRAGTEN

Nachdem die drei USPD-Vertreter in der Nacht den Rat der Volksbeauftragten verlassen haben, stehen als ihre Nachfolger Gustav Noske (zuständig für Militär und Marine) und Rudolf Wissell (zuständig für Wirtschafts- und Sozialpolitik) bereit. Der zunächst ebenso angesprochene Paul Löbe lehnt seine Berufung ab. Der Rat der Volksbeauftragten umfasst somit nur noch fünf Mitglieder, allesamt bewährte Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie. Nach ein paar Tagen beginnen sie damit, sich auch offiziell «provisorische Regierung» zu nennen.

## REICHSKONFERENZ DES SPARTAKUSBUNDES

Im nichtöffentlichen Teil seiner Reichskonferenz beschließt der Spartakusbund gegen nur wenige Stimmen (Leo Jogiches, Werner Hirsch, Carl Minster) die Trennung von der USPD. Da Rosa Luxemburg weiß, dass der Kopf der Internationalen Kommunisten Deutschlands, Johann Knief, beabsichtigt, eine eigene Partei aufzubauen, entscheidet sie sich für ein Zusammengehen mit den Internationalen Kommunisten Deutsch-

lands. Sie möchte neben dem Spartakusbund keine neue Partei entstehen sehen. Für die Teilnahme an der Beisetzung der Opfer der «Blutweihnacht» wird die Reichskonferenz unterbrochen, kommt danach aber wieder im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses zusammen. Denn nun gilt es, Vorbereitungen zu treffen für weitere Schritte, die zwangsläufig folgen müssen.

### BEISETZUNG DER TOTEN DER «WEIHNACHTSKÄMPFE»

Bereits das dritte Mal in gut einem Monat werden auf dem Berliner Friedhof der Märzgefallenen Tote der (gegen-)revolutionären Kämpfe beigesetzt. Über die acht Matrosen/Soldaten ist nur wenig bekannt. Die Trauerzüge aber werden größer, drohender und bedrohlicher. Mehr als 100.000 Menschen geben das letzte Geleit. Gleichzeitig halten Deutsche Demokratische Partei und SPD Kundgebungen ab, aus denen sich weitere Aufmärsche durch die Stadt entwickeln: gegen den «Terror» oder – wie es auch heißt – die «Blutdiktatur» des Spartakusbundes.

## 30.12.1918

### GRÜNDUNGSKONGRESS DER KPD IN BERLIN ERÖFFNET

Im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses kommen mindestens 115 Delegierte des Spartakusbundes und der Internationalen Kommunisten Deutschlands zusammen, um eine neue Partei zu gründen. Sie vertreten Zusammenschlüsse aus 56 Orten und repräsentieren heterogene radikale Strömungen in und jenseits der USPD. Den Vorsitz der Gründungskonferenz übernehmen Wilhelm Pieck (Berlin) und Jakob Walcher (Stuttgart). Zu Schriftführern werden Fritz Heckert (Chemnitz) und Rosi Wolfstein (Witten/Düsseldorf) gewählt. Die Tagesordnung sieht Karl Liebknecht vor, über die «Krisis der USPD» zu sprechen. Paul Levi wird zur Frage der Nationalversammlung und Rosa Luxemburg über «Unser Programm und die politische Situation» referieren. Hugo Eberlein soll Überlegungen zur zukünftigen Organisation vorstellen, Paul Lan-

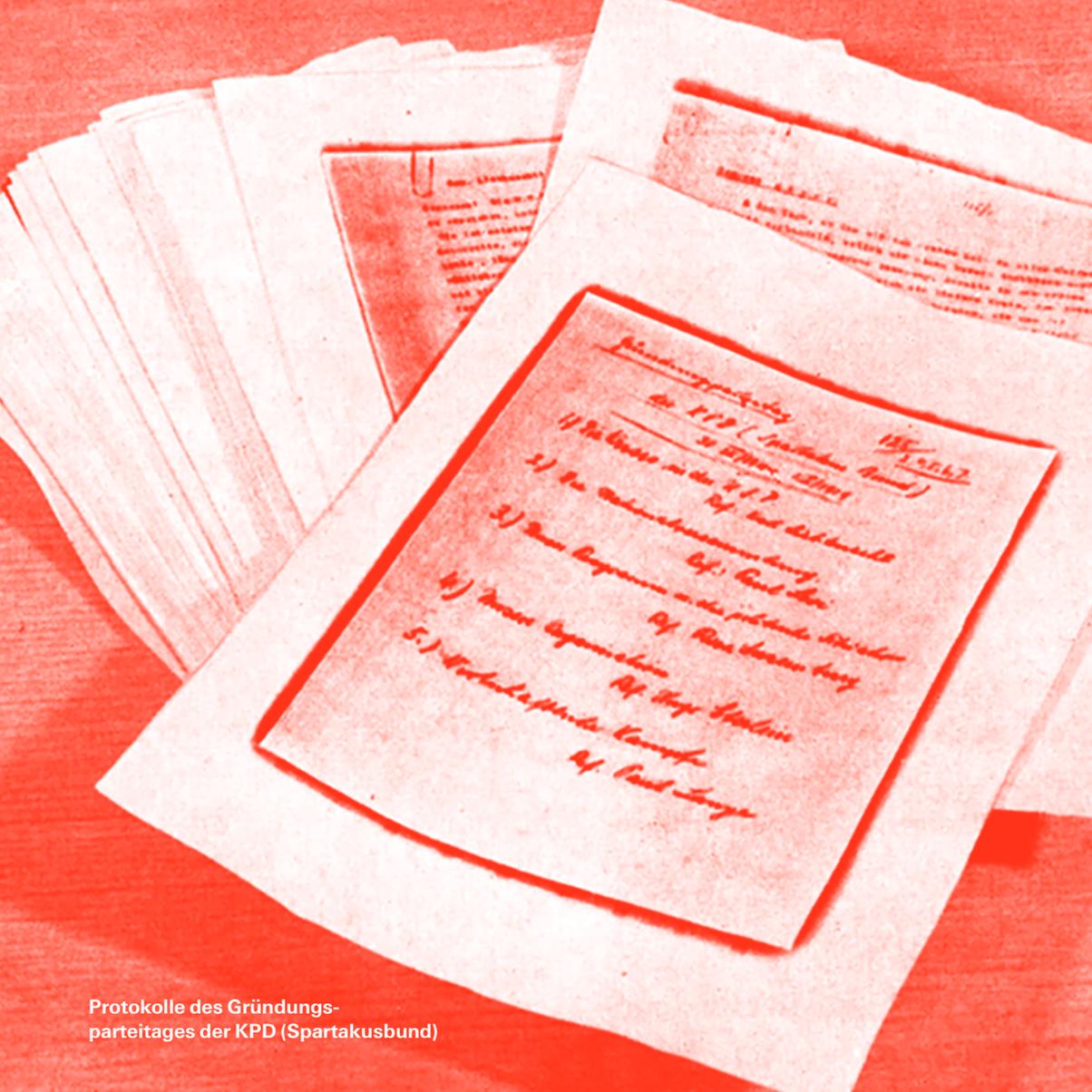
ge sich auf die «Wirtschaftlichen Kämpfe» konzentrieren und Hermann Duncker den Blick auf eine neue Internationale wagen. Für einen Paukenschlag sorgt gleich zu Beginn Karl Radek, illegal zu Gast als offizieller Vertreter des revolutionären Russlands, der für die anwesenden Vertreter der Presse jedes Vorurteil über die Absichten der Bolschewiki bestätigt.

### **EIN «ETWAS VERFEINERTER RADIKALISMUS»**

Trotz ihres Bekenntnisses zur Räte­demokratie möchten Rosa Luxemburg, Paul Levi, Karl Liebknecht und andere prominente Köpfe des Spartakusbundes die neue Partei für die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung aufstellen. Ihre Gründe dafür hat Rosa Luxemburg schon vor Wochenfrist dargelegt. Drei Stunden debattiert der Kongress zum Thema. Nach Paul Levis Grundsatzreferat halten sich Pro und Contra in über 20 Wortbeiträgen die Waage. Als Vorschlag wird auch eine offe­nere «Linke Liste Liebknecht/Luxemburg» ins Spiel gebracht. Am Ende jedoch ist das Ergebnis der Abstimmung mit 62 zu 23 Stimmen für Otto Rühles (Dresden) Antrag gegen eine Teilnahme an den Wahlen deutlich – und Rosa Luxemburg geschlagen. Ihr ist klar, dass eine Nichtteilnahme Isolation bedeutet. Noch immer besitzt die SPD den größten Einfluss auf die Arbeiterbewegung. «Ihr wollt euch euren Radikalismus ein bißchen bequem [...] machen», ruft Rosa Luxemburg den Boykottlern zu. Sie dagegen möchte für einen nach Zweckmäßigkeit und Methode «etwas verfeinerten Ra­dikalismus» eintreten und die Beteiligung an den Wahlen zu einem Instrument des revolutionären Kampfes entwickeln.

### **«ISOLIERT UND BITTER ÜBERSTIMMT»**

Am nächsten Tag wird die *Rote Fahne* berichten, dass Rosa Luxemburg in der Frage zur Teilnahme an den Wahlen «isoliert» gewesen und «bitter überstimmt» worden sei. Auf «lebhaften Beifall» zu Beginn folgte zum Ende ihres Diskussionsbeitrages nur noch ein «schwacher». Tatsächlich konnte sich Rosa Luxemburg auch zuvor in der Spartakuszentrale mit einem weiteren Kernanliegen nicht durchsetzen: Die noch zu gründende Partei wollte Rosa Luxemburg auf den Namen «Sozialistische Partei» ge-



185/2167

Gründungsprotokoll  
am 11.8. (Freitag) 1918

1) Die Klasse in der 2.17  
2) Die Arbeiterkassenarbeit  
3) Die Organisation in der proletarischen Arbeiter  
4) Neue Organisation  
5) Arbeiterpartei Kampf

Vf: Carl Zorge  
Vf: Rosa Luxemburg  
Vf: Hugo Haase  
Vf: Carl Zorge

Protokolle des Gründungs-  
parteitages der KPD (Spartakusbund)

tauft wissen, habe sie doch «die Verbindung zwischen den Revolutionären des Ostens und den Sozialisten Westeuropas [...] herzustellen und den Prozeß der Loslösung der westeuropäischen Sozialisten vom Reformismus zu beschleunigen». Eine «Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)», wie schließlich von einer Schiedskommission vorgeschlagen und so angenommen, hätte es schwerer, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

## 31.12.1918

### «DIE PROLETARISCHE REVOLUTION BEDARF KEINES TERRORS»

Grundlage für das Programm der neuen Partei wird die von Rosa Luxemburg verfasste Schrift «Was will der Spartakusbund?». Da der Text bereits veröffentlicht ist, behält sich Luxemburg am Nachmittag vor, nicht weiter darauf einzugehen. In ihrem Grundsatzausweis unternimmt sie stattdessen einen historischen Rekurs und ist noch einmal ganz Dozentin. Sie versucht, dem Kongress begreiflich zu machen, dass alle Anwesenden Teil eines historischen Stromes seien, aus dem man nicht einfach aussteigen könne. In der Aussprache zeigt sich jedoch, wie entgegengesetzt die Meinungen insbesondere bei den Themen «Gewalt» und «Terror» sind. Am Ende wird das Programm trotzdem ohne große Änderungen angenommen und damit festgeschrieben: «In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Massen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie hasst und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln [...]»

### «WIR SIND WIEDER BEI MARX»

In ihrem Grundsatzreferat konstatiert Rosa Luxemburg nicht: Wir sind wieder beim Marxismus. Ihr ist es aber wichtig festzuhalten, mit dem neuen Programm «wieder bei Marx, unter seinem Banner» (von 1848) angelangt zu sein. Ab 1910 hatte Rosa Luxemburg «Marxismus» zunehmend als Legitimationsideologie für die jeweilige SPD-Politik verhöhnt und sich selbst auch nicht mehr als Marxistin bezeichnet. 1913 ätzte sie zum Beispiel: «Unser herrschender «Marxismus» fürchtet leider jeden Gedankenflug wie ein alter Gichtonkel.» Da die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses ohnehin sowohl politisch als auch in Fragen der Theorie überfordert scheinen, macht Rosa Luxemburg die Differenz zwischen Marxismus und Marx im Weiteren nicht kenntlich, sondern unterscheidet versöhnlich zwischen «wahrem Marxismus» und Ersatz-Marxismus.

### EINE ABORDNUNG DER REVOLUTIONÄREN OBLEUTE

Da Rosa Luxemburg laut Protokoll «körperlich unpäßlich» ist, muss sie den Gründungskongress vorzeitig verlassen. Weder kann sie das Schlusswort zur Programmdebatte halten, noch persönlich an den Verhandlungen mit einer Abordnung der Revolutionären Obleute teilnehmen. Die Obleute haben in den vergangenen zwei Jahren wiederholt gezeigt, innerhalb Berlins politisch am stärksten mobilisieren zu können und mehr als 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter tatsächlich auch zu vertreten. In ihrem Kreis reifen Überlegungen, ebenfalls eine neue Partei zu gründen. Es gibt aber auch gute Gründe, stattdessen gleich mit der KPD (Spartakusbund) zusammenzugehen. Genau darüber soll die Abordnung (unter anderem Richard Müller, Ernst Däumig und Georg Ledebour) verhandeln, als sie am Abend überraschend im Abgeordnetenhaus erscheint. Sie hat jedoch ein Problem mit dem Namen der zukünftigen Partei. Sie fordert zudem, den Beschluss zum Wahlboykott rückgängig zu machen, und volle Parität in der Organisation. Der Kongress wird erst unterbrochen und dann wird beschlossen, ihn um einen Tag zu verlängern. Karl Liebknecht betont: «Indessen ist die Sache von solcher Wichtigkeit, daß sie es rechtfertigt», noch länger als geplant zusammenzubleiben.

# 1.1.1919

## ROSA LUXEMBURGS «INNERSTES ICH» - INS NEUE JAHR

«Ich habe manchmal das Gefühl, ich bin gar kein richtiger Mensch, sondern auch irgendein Vogel oder ein anderes Tier in mißlungener Menschengestalt; innerlich fühle ich mich in so einem Stückchen Garten wie hier oder im Feld unter Hummeln und Gras viel mehr in meiner Heimat als – auf einem Parteitag. Ihnen kann ich ja wohl das alles ruhig sagen», schrieb Rosa Luxemburg am 2. Mai 1917 aus dem Gefängnis Wronke an Sophie Liebknecht, «Sie werden nicht gleich Verrat am Sozialismus wittern. Sie wissen, ich werde trotzdem hoffentlich auf dem Posten sterben: in einer Straßenschlacht oder im Zuchthaus. Aber mein innerstes Ich gehört mehr meinen Kohlmeisen als den ‚Genossen‘.» Nach ihrem Zusammenbruch erlebt Rosa Luxemburg nicht mehr das Ende der KPD-Gründungskonferenz. Sie erholt sich allerdings auch in den nächsten Tagen nicht und pendelt immer wieder zwischen dem Krankenbett und dem Redaktionsschreibtisch hin und her. Paul Levi ist ebenfalls krank. Er kämpft mit der «Spanischen Grippe», die weltweit Millionen Menschen das Leben kostet.

## KEINE EINIGUNG

Als der Gründungskongress der KPD (Spartakusbund) am Vormittag erneut zusammentritt, hat es in den Gesprächen mit den Revolutionären Obleuten noch immer keinen Durchbruch gegeben. Knackpunkt bleibt der beschlossene Wahlboykott. Erst kurz vor 14 Uhr verkündet Karl Liebknecht das Scheitern der Verhandlungen. Eine Mehrheit der 42-köpfigen Abordnung der Obleute hat sich weiterhin nicht auf den bereits vom Kongress bestellten Boden begeben wollen, während die Verhandlungskommission der neuen Partei von ihrer Seite aus nicht bereit gewesen ist, einmal getroffene Entscheidungen infrage zu stellen. Jetzt noch auf die Forderungen der Obleute einzugehen hieße – so Liebknecht –, «das ganze Werk dieses Kongresses am Schlusse wieder [zu] vernichten.» Seine Position wird aus den nur noch spärlich be-

...  
 ▼ setzen Reihen im Abgeordnetenhaus bestätigt. Fortan ist auch die Rede vom «ersten Parteitag» der KPD, den man abgehalten habe und der gegen 15 Uhr mit einem dreimaligen «Hoch auf die internationale sozialistische Weltrevolution» endet.

## 2.1.1919



### BERICHT ZUM ERSTEN PARTEITAG

Rosa Luxemburg bereitet für die *Rote Fahne* ihren Bericht über den ersten Parteitag der KPD vor. Sie verteidigt die Gründung der neuen Partei. Man solle in ihr kein geheimes Konstrukt einer Handvoll radikaler Führer erkennen, sondern sie als «natürliches Produkt der historischen Entwicklung» sehen, das an einem «Wendepunkt» zwischen erster und zweiter Phase der deutschen Revolution angesiedelt ist: der «Umschlag [...] in eine ausgesprochene Arbeiterrevolution». Allein revolutionäre Stimmung gelte es nun durch unbeugsame revolutionäre Überzeugung zu ersetzen, das Spontane durch das Systematische. Damit sind wichtige Aufgaben für den neuen «Stoßtrupp der proletarischen Revolution» verbunden. «Entgegen der traditionellen «Markstein»-Logik» gesteht Rosa Luxemburg über den ersten Parteitag aber auch ein, dass er «das ihm vorliegende enorme Werk nur bruchstückweise, nur andeutungsweise hat vollbringen können. Selbst ein Fragment der Revolution, teilt er auch darin ihr Los, sich keiner genügenden Gründlichkeit, keiner erschöpfenden Arbeit rühmen zu können.»



### «DER FEIND STEHT RECHTS!»

▼ In der *Weltbühne* erscheinen Kurt Tucholskys unheilverkündende Zeilen: «Wofür, mein Gott, hat die Freiheit geblutet?/ Wofür wurden Männer und Mädchen geknuttet?/ Spartakus! Deutsche! So öffnet die Augen!/ Sie warten, euch Blut aus den Adern zu saugen –/ Der Feind steht rechts!»

## 3.1.1919

### **DIPLOMATISCH KRANK**

In Frankes Festsälen (Badstraße, Berlin-Wedding) spricht Rosi Wolfstein für die erkrankte Rosa Luxemburg. Es ist eine Frauenversammlung mit circa 1.500 Teilnehmerinnen zum Thema «Die Frauen und die Nationalversammlung». Zugleich vertritt Ernst Reuter in der Aula des Andreasgymnasiums (Koppenstraße, Berlin-Friedrichshain) den ebenfalls erkrankten Paul Levi. Levis und Luxemburgs Abwesenheit aber hat noch einen zweiten Grund: Würden sie nicht ohnehin schon krank sein, wären sie «diplomatisch erkrankt». Sie halten die beschlossene Nichtbeteiligung an den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 für einen schweren Fehler, den sie in der Öffentlichkeit nicht auch noch verteidigen wollen.

### **RÜCKTRITT EINER REGIERUNGSMANNSCHAFT**

Nachdem die drei USPD-Volksbeauftragten bereits in der Nacht zum 29. Dezember 1918 zurückgetreten sind, folgen ihnen nun die von der USPD gestellten Mitglieder der preußischen Regierung: Heinrich Ströbel (Ministerpräsident), Adolph Hoffmann (Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung), Kurt Rosenfeld (Justizminister), Georg Graf von Arco (Vertrauensmann beim Rat der Volksbeauftragten), Rudolf Breitscheid (Innenminister), Paul Hoffmann (Beigeordneter für öffentliche Arbeiten), Adolf Hofer (Landwirtschaftsminister) und Hugo Simon (Finanzminister).

### **KAMPAGNE GEGEN EMIL EICHHORN**

Seit Tagen läuft eine Pressekampagne gegen den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD). Die Revolution hat ihn am 9. November 1918 ins Amt gehievt und der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte ihn darin bestätigt. Für die Vertreter des Rates der Volksbeauftragten aber ist er ein Ärgernis, fungiert er doch weiterhin auch als Vertrauensmann des revolutionär gestimmten Teils der Arbeiterschaft. Nun soll die ihm unterstellte Sicherheitswehr unter Kontrolle gebracht werden. In mehreren

Blättern wird Eichhorn als «Dieb» und «Russischer Agent» diffamiert oder allgemein als moralisch verdorben charakterisiert. Die *Politisch-Parlamentarischen Nachrichten* raunen bereits: «Jeder Tag, den Herr Eichhorn länger in seinem Amt [...] bleibt, bedeutet eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.»

## 4.1.1919



### **BRIEF AN MARTA ROSENBAUM**

Etwas belastet das sonst so vertraute Verhältnis zu Marta Rosenbaum. Rosa Luxemburg schreibt ihrer Freundin: «Ich habe das dringende Bedürfnis, Sie zu sehen, zu umarmen, zu sprechen. Kurt [Rosenfeld] sagte mir, Sie fühlten sich durch mich gekränkt. Es war mir, wie wenn einem ein Ziegelstein auf den Kopf fällt. Habe ich mir durch die ganze Zeit unserer Freundschaft nicht so viel Vertrauen verdient, daß Mißverständnisse ausgeschlossen sind? Es war schmerzlich. Nun, man muß auch das in Kauf nehmen; wir müssen uns sprechen, und kein Schatten darf zwischen mir und meiner lieben Marta mit dem goldenen Herzen stehen. Ich versuchte, Sie gestern telephonisch zu erreichen, es ging aber nicht, später hatte ich keine freie Sekunde. Ich will sehen, ob es heute geht. Inzwischen umarme ich Sie, in alter Liebe und Treue tausendmal grüßend Sie und Ihren Gatten.»



### **EMIL EICHHORN ENTLASSEN**

Das hatte sich abgezeichnet. Spätestens als die USPD ihre Minister abzog. Die nunmehr nur noch aus SPD-Mitgliedern bestehende preußische Regierung entlässt Emil Eichhorn aus seinem Amt als Berliner Polizeipräsident. Zwar besitzt sie dazu formal keine Berechtigung, erhält aber Rückendeckung durch den (ebenfalls allein durch SPD-Mitglieder besetzten) Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte. Allerorten finden Krisentreffen statt. Auch in der KPD-Zentrale wird überlegt, was zu tun ist. Man ist sich einig darin, nun keinesfalls die Übernahme der politischen Macht zu proklamieren, al-

⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ⋮  
 ▼  
 lerdings deutlich wahrnehmbar zu protestieren! «Daß Kämpfe entstehen würden, hat damals niemand von uns geglaubt», wird sich später Ernst Meyer erinnern. Am Abend beschließen die Revolutionären Obleute und die Führer der Berliner USPD-Organisation, am kommenden Tag für 14 Uhr zu einer Massenkundgebung in die Siegessäule aufzurufen. Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck unterschreiben den Aufruf für die KPD-Zentrale. Der Aufruf erscheint im Zentralorgan der USPD, die *Freiheit*, nicht aber in der *Roten Fahne*.

## 5.1.1919



### REKONVALESCENT

Nach ihrem Zusammenbruch beim Gründungsparteitag der KPD ist Rosa Luxemburg zwar auf dem Wege der Genesung, aber weiterhin so geschwächt, dass sie es noch nicht einmal in die Redaktion der *Roten Fahne* schafft. Käthe Duncker besucht sie in ihrer Wohnung. Den Leitartikel für die Zeitung schreibt Paul Levi.



### «DAS DÜRFT IHR NICHT DULDEN!»

Es gehe nicht allein um Emil Eichhorn, schreiben Revolutionäre Obleute, USPD und KPD-Zentrale in ihrem Aufruf an die Arbeiterinnen und Arbeiter Berlins, sondern «ihr selbst sollt vielmehr [...] um den letzten Rest der revolutionären Errungenschaften gebracht werden [...]. Das könnt, das dürft ihr nicht dulden! Heraus darum zu wuchtigen Massendemonstrationen!» Das Ergebnis übertrifft alle Erwartungen und ist überwältigend. Die Straßen und Plätze zwischen dem Tiergarten und dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz sind voll von Menschen. Eichhorn hat sich derweil mit seiner Sicherheitswehr im Präsidium verschanzt. Vom dortigen Balkon aus verkündet er, laut den Aufzeichnungen der *Frankfurter Zeitung*, nun «vor der größten Etappe der Revolution» zu stehen. Es sei ein schwerer Fehler gewesen, sich an der Regierung beteiligt zu haben: «Während wir die Sozialisierung anstreben, hat sich die Regierung zur Beschüt-



zerin der kapitalistischen Kreise und des Bürgertums aufgeworfen. [...] Ich habe mein Amt von der Revolution erhalten, und ich werde es nur der Revolution zurückgeben.»

### **UNRUHEN IN BERLIN**

Auch Georg Ledebour und Karl Liebknecht richten sich vom Balkon des Polizeipräsidentiums aus an die vorbeiziehende Menschenmenge. Es entsteht der Eindruck, dass sie zur Aktion drängt. Und tatsächlich setzen sich in der Abenddämmerung einige Hundert bewaffnete Demonstranten in Bewegung – zumeist angeführt von Provokateuren aus der Stadtkommandatur – und besetzen erneut das *Vorwärts*-Gebäude, weitere Verlagshäuser (Mosse, Ullstein, Scherl), eine zentrale Druckerei und das Wolffsche Telegraphenbureau. Ein Revolutionsausschuss aus 33 Mitgliedern wird gegründet. Den Kern bilden die Revolutionären Obleute. Mit Richard Müller und Ernst Däumig sprechen sich dort allerdings die beiden wichtigsten Revolutionsführer vom 9. November gegen den Sturz der Regierung aus. Die KPD ist mit Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck vertreten. Trotzdem wird später vom «Spartakusaufstand» die Rede sein.

### **DEUTSCHE ARBEITERPARTEI GEGRÜNDET**

In enger Verbindung mit dem Geheimbund der Thule-Gesellschaft wird in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) gegründet. Sie soll sozialdemokratisch und kommunistisch orientierte Arbeiterinnen und Arbeiter antisemitisch und völkisch beeinflussen. Ein Jahr später wird sie sich in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) umbenennen.

## **6.1.1919**

### **DIE MASSEN ÜBERRASCHEN ROSA LUXEMBURG**

Seitdem die von ihr so oft angerufenen «proletarischen Massen» den Beschluss des Reichsrätekongresses zwei Wochen zuvor gegen eine Räteregierung bzw. für die

Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung fast widerstandslos angenommen haben, sieht Rosa Luxemburg die Revolution am Abebben. Selbst in den Demonstrationen vom Vortag erkennt sie zunächst nur ein letztes Aufflackern und beteiligt sich nicht am eilig gebildeten Revolutionsausschuss. Die vielen Hunderttausend Menschen aber, die sich an diesem Tag erneut versammeln, überraschen Luxemburg und lassen sie davon ausgehen, dass die Revolution tatsächlich eine neue Phase erreicht hat. Sie begreift zugleich aber auch, selbst ohne Einfluss zu sein, während Paul Levi an seine Schwester von der eigenen Hoffnung schreibt, «daß wir noch nicht in die Regierung müssen. Die Zeit ist noch nicht so weit.»

### **AUFSTANDSÄHNLICHE ZÜGE**

Bereits am Vormittag folgen Hunderttausende den Demonstrationsaufrufen. Paul Levi resümierte, was sich da in Berlin zeigte, war «vielleicht die größte proletarische Massentat [gewesen], die die Geschichte je gesehen hat.» Der Revolutionsausschuss, der sich am Vortag gebildet hat, tagt zwar nun «in Permanenz», ruft auch zum Generalstreik auf und zum Sturz der «Regierung Ebert-Scheidemann». Auf ein Konzept jedoch, wie und wohin die Massen draußen auf der Straße zu führen seien, kann er sich nicht einigen. Dennoch bekommen die Demonstrationen aufstandsähnliche Züge. Am Rande entwickeln sich Straßenkämpfe. Andernorts werden Schießereien vermeldet und später unter anderem das Haupttelegraphenamt sowie in der Nacht auch der Anhalter und der Potsdamer Bahnhof besetzt.

### **«EINER MUSS DER BLUTHUND WERDEN»**

Die SPD bewaffnet ihre Anhänger, vor allem für den Schutz der Regierungsgebäude und des Reichstages. Ihr eigentliches Ziel jedoch besteht darin, in Berlin «Ordnung zu machen». Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte überträgt der «Reichsleitung» (das ist der Rat der Volksbeauftragten, der sich ab den nächsten Tagen selbst «Reichsregierung» nennen wird) außerordentliche Vollmachten. Friedrich Ebert ernannt Gustav Noske zum Oberbefehlshaber der Truppen in und um Berlin. Zwei Tage zuvor bereits inspizierten beide bereits am Rande der Stadt Freikorpsverbände des



Gustav Noske (Mitte) spricht zu Freikorpsoldnern.

⋮  
 ⋮  
 ▼ Generalmajors Georg Maercker. Zu seiner Ernennung soll Noske gegenüber den anderen Volksbeauftragten geäußert haben: «Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht.»

## 7.1.1919

### ○ WAS MACHEN DIE FÜHRER?

Nach den Demonstrationen der vorangegangenen Tage vertritt Rosa Luxemburg in der aktuellen Ausgabe der *Roten Fahne* die Überzeugung, dass die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter «durch die Schule [...] der jüngsten Ereignisse politisch enorm gewachsen» seien. In einem «hohen Maße» würden sie jetzt «zu handeln gelernt» haben und – anders als noch zwei Monate zuvor – wissen, was sie wollen und sollen. Skeptisch blickt sie jedoch auf die Führungsqualitäten ihrer politischen Vertrauensleute, die offenbar noch immer nichts hinzugelernt hätten. Von ihnen würde nichts zu hören und nichts zu sehen sein, wohingegen die provisorische Regierung ihre Zeit nicht mit Beratungen «verzettelte». Vor allem aber befürchtet Rosa Luxemburg, dass heimlich bereits Verhandlungen aufgenommen würden und Kompromisse herbeigeführt werden sollen. Dabei benötigte es für Luxemburg doch endlich «durchgreifende Maßnahmen» und rasches Agieren.

### ○ SITZUNG DER KPD-ZENTRALE

Am Nachmittag kommt die Zentrale der KPD zu Beratungen über die aktuelle Lage zusammen. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches drängen auf eine klarere Führung der Kämpfe. Nicht gemeint sind damit Reden, wie sie zum Beispiel Karl Liebknecht hält, der ohne vorherige Absprachen in der Straße Unter den Linden Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann im Namen des Revolutionsausschusses für «abgesetzt» erklärt.

## ○ EINE GEWISSENSACHE

Die Parteileitung der USPD versucht, zwischen den Besetzern im Berliner Zeitungs- viertel und dem Rat der Volksbeauftragten zu vermitteln. Dieser aber reagiert mit einem Aufruf ausschließlich an die Revolutionären Obleute und zeigt damit an, genau zu wissen, wer inmitten der Unruhen als einziger Einfluss auf die Arbeiterinnen und Arbeiter auszuüben vermag. Der Rat erklärt den Obleuten, einem Bericht der *Frankfurter Zeitung* zufolge: «Es ist uns eine Gewissenssache, Gewalt lediglich zur Abwehr von Gewalt anzuwenden. Auf diesem Standpunkt bleiben wir stehen. Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen. Zu irgendeiner Abmachung können wir uns nur verstehen, nachdem die am Abend des 5. und im Laufe des 6. Januar besetzten Gebäude freigegeben sind.»

# 8.1.1919

## ○ VERSÄUMTE PFLICHTEN

Das Revolutionsgeschehen läuft laut Rosa Luxemburg seit acht Wochen immer wieder auf die «schroffe, nackte, unerbittliche Alternative» hinaus: «Entweder soll die Regierung ihren proletarischen Charakter, ihre sozialistische Mission preisgeben, oder Ebert-Scheidemann mit ihrem Anhang müssen von der Macht vertrieben werden». Allerdings – und darin werde die «Unreife der Revolution» erkennbar – sei bei Weitem nicht klar, «wie man den Kampf um die Wegräumung der Ebertschen Regierung führt, wie man die bereits erreichte Stufe der inneren Revolution in Taten und Machtverhältnisse umsetzt». Das würden die Ereignisse der vorigen Tage zeigen. Rosa Luxemburg zählt in der *Roten Fahne* mehrere Beispiele auf, wie namentlich die Parteileitung der USPD und die Revolutionären Obleute ihre Pflichten versäumt hätten. Die «Masse» dürfe eben nicht nur gerufen, sondern müsse auch politisch tätig und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die Organisation des revolutionären Kampfes sei etwas anderes als die Organisation nur der Organisation, um derentwill-

len man in Deutschland früher bereits «den Geist, die Ziele [und] die Aktionsfähigkeit der Bewegung preisgegeben» habe.

## **RÜCKZUG**

Nach drei Tagen nehmen in Berlin die Demonstrationen revolutionärer Arbeiter ab, die Schießereien im Stadtgebiet aber zu. Der Revolutionsausschuss bildet ein Komitee, das für mehr Effektivität der (militärischen) Aktionen sorgen soll, sogenannte Regierungstruppen erobern jedoch einige der besetzten Gebäude zurück. Angesichts der zurückflutenden Welle fordert Leo Jogiches bei einer Besprechung in der KPD-Zentrale kategorisch eine öffentliche Kritik am Aufstand und setzt durch, dass sich Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck – gegen deren Willen – aus den Gremien des bewaffneten Kampfes zurückziehen sollen.

## **«DIE STUNDE DER ABRECHNUNG NAHT»**

Der Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht einen Aufruf: «Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen, seine Stimme soll erstickt werden. Die Erfolge habt ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. [...] Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auch sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld, seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden. [...] Die Stunde der Abrechnung naht! Die Reichsregierung. Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissell.»

# 9.1.1919



## UNTERTAUCHEN

Noch vor dem Morgengrauen wird das Gebäude der Redaktion der *Roten Fahne* beschossen. Rosa Luxemburg aber macht ruhig weiter, gibt Karl Radek später zu Protokoll. Es kostet Paul Levi «die größte Anstrengung», sie zum Verlassen des Gebäudes zu überreden. Schließlich ist ein Überfall mehr als erwartbar. Im Laufe des Tages treffen sich Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und weitere Mitglieder aus der KPD-Zentrale bei «Bekanntem». Sie beschließen, dass Radek, Liebknecht und Luxemburg untertauchen sollen. Auch Käthe und Hermann Duncker suchen – getrennt voneinander – Tarnadressen auf. Unterdessen erscheint in der Zeitung *Hamburger Echo* die Falschmeldung, dass Rosa Luxemburg in Hamburg eingetroffen ist und mit den Kommunisten zusammen einen Putsch vorbereitet.



## ANHÄUFUNG MORALISCHEN KAPITALS

Die Veröffentlichung des Rates der Volksbeauftragten «Die Abrechnung naht» lässt nun auch den vergleichsweise eher moderaten Hugo Haase einen Aufruf an die Arbeiter «zur Abwehr gegen die drohenden Gewalttaten der weißen Garde» (und ihren «Beschützer» Gustav Noske) schreiben. Die Revolutionären Obleute bringen das Flugblatt in die *Freiheit* als Appell der Berliner Linken unter Einschluss (aber ohne Wissen) der KPD-Zentrale. Der Generalstreik und der bewaffnete Kampf sollen weitergeführt werden. Die KPD befindet sich in einem Dilemma: Kann sie, die mehr noch projektierte als real schon existierende Partei, den Auseinandersetzungen fernbleiben oder soll sie sich auf die Seite der Kämpfenden stellen? Dass beides ein Fehler wäre, ist zumindest Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Paul Levi bewusst. Die KPD-Führung entscheidet sich – mit Blick auf die Zukunft – für die Anhäufung moralischen Kapitals, das heißt als zuverlässigster Partner der in Bewegung geratenen Arbeiterschaft aufzutreten.



## GEGEN DAS BLUTVERGIESSEN

Die Unruhen haben in Berlin mittlerweile die ersten Toten und Verwundeten gefordert. Während die Kämpfe nicht nur anhalten, sondern auch heftiger, aussichts- und auswegloser werden, ergreifen Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem der AEG und der Schwartzkopffwerke eine Initiative gegen das Blutvergießen. Gefordert wird der Rücktritt aller Arbeiterführer, insbesondere von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, aber auch von Georg Ledebour und Karl Liebknecht. Weiterhin sollten Arbeiterräte auf allen Ebenen und auf paritätischer Grundlage (SPD, USPD, KPD) neu gewählt werden. Der Regierung hätten zudem Vertreter aller sozialistischen Parteien anzugehören. Inmitten der Radikalisierungsprozesse überschreitet diese Einigungsbewegung von unten schnell die Schwelle zur Massenbewegung – nicht nur in Berlin.

## 10.1.1919

### DAS VERSAGEN DER FÜHRER

Für Rosa Luxemburg ist es nicht einfach, einen geeigneten Unterschlupf zu finden. Eine Pogromstimmung breitet sich aus, in der nicht mehr viele sich getrauen, sie aufzunehmen. Bei einem befreundeten Arzt, Dr. Alfred Bernstein (Blücherstraße 13, Nähe Hallesches Tor), findet sie vorübergehend eine Bleibe. Für die *Rote Fahne* knüpft sie dort an ihren Artikel von vor zwei Tagen zu «versäumten Pflichten» an und konstatiert nun «kläglichstes Versagen» der politischen Führer des Aufstandes. Sie ließen es an Entschlossenheit, Tatkraft und revolutionärem Elan vermissen, würden weit hinter der Kampfbereitschaft der Massen zurückstehen, zaudern wie die Revolutionären Obleute oder eine «Sumpfpolitik» wie die USPD betreiben. Eine «Abrechnung mit den Scheidemänner[n]» – so greift sie die kürzlich vom Rat der Volksbeauftragten eingeführten Worte auf – würde nun auch eine «Liquidierung» der USPD voraussetzen, fungiere sie mit ihren Verhandlungen doch nur als eine «Schutzwand der Ebert-Scheidemann». Der Artikel erscheint am nächsten Tag.

## **GEGENANGRIFFE**

Die letztlich im Sande verlaufenen Verhandlungen zwischen der Parteileitung der USPD und den Volksbeauftragten der SPD gaben ausreichend Zeit, außerhalb der Stadt neue Truppenverbände aufzubauen. Die «Reichsregierung» verfügt nun über mehr als 20.000 Mann unter Waffen, generalstabsmäßig zusammengezogen in und um Berlin. Am frühen Morgen werden die S-Bahnhöfe Halensee und Zoologischer Garten eingenommen. Am Vormittag erobern Freikorps das Rathaus Spandau, misshandeln und ermorden vier ihrer Gefangenen. Am Nachmittag ergeht an Major von Stephani der Befehl, das auch symbolisch wichtige *Vorwärts*-Gebäude zu stürmen. Noch in der Nacht werden dafür an mehreren Plätzen Geschütze und Minenwerfer in Stellung gebracht.

## **SOZIALISTISCHE REPUBLIK BREMEN**

Zwar kommt es deutschlandweit zu gewaltigen revolutionären Aufmärschen. Der Berliner Aufstand weitet sich jedoch nicht nachhaltig aus. Das aber wäre seine einzige Chance gewesen. Eine Ausnahme ist Bremen, wo im Ergebnis einer Demonstration mit mehreren Zehntausend Teilnehmern Adam Frasunkiewicz (USPD) die Sozialistische Republik Bremen ausruft. Senat und Bürgerschaft werden für abgesetzt erklärt. Ein Arbeiterrat aus je 30 Vertretern der USPD und der KPD übernimmt die Macht. Nach tagelangen Streiks setzt auch in Düsseldorf der Arbeiterrat den Oberbürgermeister ab.

## **GROSSPENDEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT**

Bei einem Spendenabend auf dem Berliner Flugplatz Johannisthal sammelt die am 1. Dezember 1918 gegründete Antibolschewistische Liga von führenden Industriellen bis zu 500 Millionen Reichsmark. Eingeladen hat der Direktor der Deutschen Bank. Mit dem Geld befüllt (als «freiwillige Selbstbesteuerung» realisiert) wird ein neu eröffneter «Antibolschewistenfonds der Deutschen Wirtschaft», aus dem heraus der Aufbau sowohl von rechtsradikalen Freikorpsgruppen als auch von Medienunternehmungen finanziert werden.

# 11.1.1919

## IN DER DRAGONERKASERNE

Nach zermürendem Artilleriebeschuss bieten die Besetzer des *Vorwärts* ein Ende des ungleichen Kampfes und die Übergabe des Gebäudes an. Sie schicken sieben Parlamentäre, darunter Wolfgang Fernbach, die sofort festgenommen und schwer misshandelt werden. Man verschleppt sie in die Dragonerkaserne, wo sie auf bestialische Weise ermordet werden. Im Laufe des Tages werden bis zu 300 weitere Verhaftete aus dem *Vorwärts*-Gebäude dorthin gebracht, unter ihnen eine Frau, die für Rosa Luxemburg gehalten wird. Ein Offizier verhindert im letzten Moment auch ihre Ermordung.

## LICHT- UND SCHATTENSEITEN

In ihrem Unterschlupf bekommt Rosa Luxemburg Besuch von Käthe Duncker. Rosa Luxemburg schafft es endlich, auch ausführlich auf Clara Zetkins letzten Brief zu antworten und erläutert ihr ihre Sicht auf den Gründungsparteitag der KPD. Rosa Luxemburgs Niederlage in Bezug auf die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung wäre nur «der Triumph eines etwas kindischen, unausgegorenen, gradlinigen Radikalismus». Man dürfe nicht vergessen, dass die «Spartakisten» zu einem großen Teil eine frische Generation sind, frei von den verblödeten Traditionen der «alten bewährten» Partei.» Das müsse mit «Licht- und Schattenseiten genommen werden.» Außerdem: «Wenn die Dinge so weiterlaufen wie bisher», erscheine es sehr fraglich, «ob es überhaupt zu Wahlen oder zur Nationalversammlung kommt.» Als Rosa Luxemburg ihren Brief schreibt, so berichtet sie, «dauern in Berlin die Schlachten» an, «viele unserer braven Jungen sind gefallen, Meyer, Ledebour und (wie wir befürchten) Jogiches sind verhaftet.»

# 12.1.1919

## WAHLEN IN BAYERN UND WÜRTTEMBERG

Während in Berlin die letzten Kämpfe mit der Einnahme des Polizeipräsidiums und weiteren willkürlichen Erschießungen durch die «Regierungsgruppen» enden, finden andernorts erste Landtagswahlen statt. Sie bestätigen die Kräfteverhältnisse, wie sie sich auch eine Woche später bei den Wahlen zur Nationalversammlung abbilden werden. In Bayern erhalten die Bayerische Volkspartei 66, die SPD 61, die Deutsche Volkspartei 25, der Bauernbund 16, Nationalliberale 9 und die USPD schließlich 3 Sitze. In Württemberg kommt die SPD auf 52, die Deutsche Demokratische Partei auf 38, das Zentrum auf 31, die Bürgerpartei auf 11, der Bauernbund auf 10 und die USPD auf 4 Sitze.

## EIN NEUES QUARTIER

Ihr bisheriges Quartier wird für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu unsicher. Sie flüchten in eine Arbeiterwohnung nach Neukölln (vermutlich Weisestraße 8). Ihr Versteck gefährdend, versuchen sie auch von dort, so gut es geht, ihre politischen Strukturen und Arbeitsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Auf kleinstem Raum folgen Sitzungen «mit einer wirklich recht beträchtlichen Zahl von Genossen». Hugo Eberlein trifft ebenfalls ein. Er möchte sich wegen der Einladung nach Moskau absprechen, wo er die KPD bei der Gründung einer neuen Internationale vertreten soll. Rosa Luxemburg verpflichtet ihn, diese als verfrüht abzulehnen. (Eberlein wird sich dann bei der Abstimmung Anfang März 1919 enthalten.) Nach dem Abendbrot liest Karl Liebknecht dem Kind der Hauswirtin noch Gute-Nacht-Geschichten vor.

## EIN UNFASSBARER TOD

Auch Mathilde Jacob sucht Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in ihrem neuen Unterschlupf auf. Sie berichtet von der Ermordung Wolfgang Fernbachs. Ein für beide unfassbarer Tod. Rosa Luxemburg gibt Mathilde Jacob «leise weinend» einen Brief

mit, der nach Mathilde Jacobs Erinnerung folgenden Wortlaut hat: «Liebe Genossin Fernbach, ich drücke Ihnen in Ihrem Schmerz die Hand. Ich habe schon so viele meiner Freunde rechts und links an meiner Seite fallen sehen. Das ist das Schicksal des revolutionären Kämpfers. Ich selbst habe nur einen Wunsch, auch meinen Tod im Kampf um unsere Sache zu finden. Ich bin überzeugt, daß Sie tapfer sein werden.»

## 13.1.1919

### KARTENHÄUSER

«Ebert-Scheidemann» würden zukünftig nur noch «durch Bajonette herrschen können». Davon ist Rosa Luxemburg in der *Roten Fahne* überzeugt, während das Bürgertum (mit oder ohne Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann) wieder «aufs Ganze» gehe und «nach gänzlicher Wiederherstellung der alten «Ordnung»» schreie. Auf den Trümmern der vergangenen Woche aber ließe sich nichts mehr aufrichten, das von «irgendwelcher Dauerhaftigkeit» sein würde. Alles, was «morgen oder übermorgen als Ergebnis und Lösung der Krise zustande kommen mag», werde ein Provisorium, würde den Charakter von Kartenhäusern haben. Die Revolution könne nicht mehr zurückgeschraubt werden. Sobald «die Leichen dieser jüngsten Episode hinweggetragen werden», nehme sie ihre Arbeit wieder auf.

### VERGEBLICH

Die Revolutionären Obleute verkünden das Ende des Generalstreiks, Gustav Noske verhängt den militärischen Belagerungszustand über Berlin. Neue Truppen rücken ein. In den Arbeitervierteln verbreiten Freikorps und «Bürgerwehren» Angst und Schrecken. Wegen der Gefahr, erkannt zu werden, verlassen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kaum noch ihren Unterschlupf. Für ihre Ergreifung sind von mehreren Stellen Belohnungen von mindestens je 50.000 Reichsmark ausgelobt. Tags zuvor hatte Mathilde Jacob noch vergeblich darauf insistiert, dass beide getrennt vonein-

ander untertauchen sollten. Nun wird sie auf der Straße selbst für Rosa Luxemburg gehalten, verhaftet und darf aber – um ihre Identität zu beweisen – ihre Wohnung aufsuchen. Dort allerdings wartet bereits Paul Levi auf sie. Beide kommen für zehn Tage in Untersuchungshaft. Unterdessen steigert der *Vorwärts* mit eigener Hetze die Pogromatmosphäre.

## 14.1.1919

### UMZUG IN DIE MANNHEIMER STRASSE

Nun wird für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auch ihr Quartier in Neukölln zu unsicher. Hugo Eberlein und Wilhelm Pieck besorgen ein neues Versteck in der Mannheimer Straße 43 (heute 27). Leichtfertig bringen sie Luxemburg und Liebknecht weiterhin nicht getrennt voneinander unter – und auch dort setzt ein ständiges Kommen und Gehen führender Genossen ein.

### «ORDNUNG» HERRSCHT IN BERLIN

Rosa Luxemburg hält in der *Roten Fahne* Rückschau auf die Kämpfe der vergangenen Woche. Sie wären ein Fehler gewesen. Aber Luxemburg bleibt dabei: Die politischen Führer hätten versagt und die «Massen» würden der «Fels» sein, «auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird.» Es ist ihr letzter Artikel. Er schließt mit den berühmt gewordenen Worten: ««Ordnung» herrscht in Berlin! Ihr stumpfen Schergen! Eure «Ordnung» ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon «rasselnd wieder in die Höh' richten» und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!» Allerdings erhalten den Artikel nur noch wenige zur Lektüre. Noch immer laufen in den Stadtteilen Berlins Säuberungsaktionen der regulären Reichswehreinheiten, der Freikorps und «Bürgerwehren». Unter diesen Umständen wird es für die *Rote Fahne* schwer, eine funktionierende Vertriebsstruktur zu gewährleisten. Zudem hat eine Wache am Anhalter Bahnhof 50.000

der für die Expedition ins Reich vorgesehenen Exemplare der aktuellen Ausgabe beschlagnahmt.

### «KARL, IST DAS UNSER PROGRAMM?»

Die Antwort auf diese Frage von Rosa Luxemburg an Karl Liebknecht soll Schweigen gewesen sein. Durch ein Faksimile im *Vorwärts* bekommt Rosa Luxemburg erst an diesem Tag die Erklärung vom 6. Januar 1919 zur Kenntnis über die «Absetzung der Ebert-Scheidemann-Regierung», unterzeichnet mit: «Die provisorische Regierung Ledebour, Liebknecht, Scholze». Mehrere vorherige Anzeichen verdichten sich für Rosa Luxemburg nun zur Erkenntnis, in den letzten Tagen zusammen mit Paul Levi und August Thalheimer eine von ihr immer verhöhnte putschistische Politik befeuert zu haben. Das widerspricht fundamental ihren politischen Kernanliegen, wie sie im Programm des Spartakusbundes und in ihrem Fragment zur russischen Revolution ausformuliert sind.

## 15.1.1919

### ERMORDET

Viel zu sorglos verbleiben sie in Berlin und arbeiten weiter an ihren Texten. Nun hat eine «Bürgerwehr» Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bei der Familie Marcusson in der Mannheimer Straße 43 aufgespürt. Sie werden ins Hotel Eden verbracht. In die Zentrale der Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Hauptmann Waldemar Pabst, für den längst klar ist, was er nun zu befehlen gedenkt. Nach einem kurzen Verhör werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nacheinander bewusstlos geschlagen und dann erschossen. Die Forschung ist sich einig, dass daran die deutschen Soldaten und Offiziere Hermann Souchon, Kurt Vogel, Otto Runge, Heinz und Horst von Pflugk-Hartung, Heinrich Stiege, Ulrich von Ritgen und Rudolf Liepmann beteiligt waren. Die Morde sollten als Lynchjustiz einer erregten Menschenmenge und verei-

telter Fluchtversuch verkleidet sein. Auf der Höhe der Liechtensteinbrücke wird Rosa Luxemburgs Leichnam gegen 23.45 Uhr in den Landwehrkanal geworfen. Der Militärstaatsanwalt Paul Jorns vertuscht später die Morde; einige Beteiligte erhalten kurze Haftstrafen, denen sie sich zumeist durch organisierte Flucht entziehen.

## **NACHRUF**

Rosa Luxemburgs Leichnam sollte erst am 31. Mai 1919 im Landwehrkanal angespült werden. Nachrufe auf sie sind genug gesprochen worden – noch Jahrzehnte später. Zumeist hatten sie nur diese eine Funktion, die Tote auf einen möglichst so hohen Sockel zu stellen, dass sie unerkennbar wurde. Es gab linke Strömungen, denen außer der Leiche, einiger Gefängnisbriefe und weniger naiver Frühschriften nichts von Rosa Luxemburg verwendbar war. Diese polnische Jüdin war schlichtweg zu freiheitsliebend, zu unerbittlich demokratisch, sie wies keinerlei Spuren von Sklavenblut auf. Rosa Luxemburg passte weder den Bolschewiki noch den Sozialdemokraten der Weimarer Republik. Die meisten Texte, in denen die Schizophrenie zwischen der Ikonisierung Rosa Luxemburgs und gleichzeitiger Unterdrückung ihrer Maximen – bis hin zu deren Verfälschung und Verleumdung – nicht bedient wurde, sind heute vergessen.

Zum Abschluss des Online-Originals der Chronik «Rosa Luxemburg in der deutschen Revolution» haben wir auf einige dieser Texte verwiesen. Sie sind dort weiterführend ebenso verlinkt wie viele der in den vorherigen Einträgen verwendeten Primärquellen aus zeitgenössischen Medien und den Gesammelten Werken Rosa Luxemburgs: [www.rosalux.de/revolutionschronik](http://www.rosalux.de/revolutionschronik).





# PERSONENVERZEICHNIS

Adenauer, Konrad 46  
 Arco, Georg Graf von 88

Baden, Prinz Max von 12  
 Barth, Emil 14, 30, 72, 79  
 Beerfelde, Hans-Georg von 14  
 Bernstein, Alfred 98  
 Bleich, Hans Erich 38  
 Braß, Otto 63  
 Breitscheid, Rudolf 88  
 Brettschneider, Friedrich 21  
 Bucharin, Nikolai 52  
 Budich, Willi 17, 47

Cohen, Max 65 f.

Däumig, Ernst 9, 40, 62, 65, 85, 91  
 David, Eduard 37  
 Dittmann, Wilhelm 14, 79  
 Dorrenbach, Heinrich 63  
 Duncker, Hermann 16 f., 20, 82, 97  
 Duncker, Käte 17, 20, 70, 90, 97,  
 100  
 Durieux, Tilla 39

Eberlein, Hugo 17, 39, 81, 101, 103  
 Ebert, Friedrich 12 ff., 16, 30, 46 f.,  
 49 ff., 53, 57, 64, 66 f., 69,  
 72 f., 92, 94 ff., 98, 102, 104  
 Eichhorn, Emil 26, 40, 48, 88–91  
 Einstein, Albert 24  
 Eisner, Kurt 9, 36 f.  
 Erzberger, Matthias 17

Fernbach, Wolfgang 27, 100  
 Fischer, Anton 79  
 Franz (Ingenieur) 47  
 Frasunkiewicz, Adam 99  
 Fuchs, Eduard 14, 39, 68 f.

Garbe, Gustav 63  
 Geck, Adolf 27  
 Geck, Brandel 27, 32  
 Geck, Marie 27  
 Groener, Wilhelm 16, 50, 53

Haase, Hugo 14, 30, 47, 49, 53, 79,  
 97  
 Haberland, Fritz 54  
 Habersaath, Erich 19  
 Heckert, Fritz 81

Helfferich, Karl 33  
 Hergt, Oskar 33  
 Hilferding, Rudolf 23, 59  
 Hiller, Kurt 22  
 Hindenburg, Paul von 66  
 Hirsch, Werner 80  
 Hitler, Adolf 33  
 Hoernle, Edwin 35  
 Hofer, Adolf 88  
 Hoffmann, Adolph 42, 88  
 Hoffmann, Paul 88  
 Hugenberg, Alfred 33  
  
 Jacob, Mathilde 3, 10, 12, 14, 16,  
 22, 35, 39, 54, 80, 101 ff.  
 Joffe, Adolf 52  
 Jogiches, Leo 3, 16 f., 24, 33, 43,  
 65, 80, 94, 96 f., 100  
 Jorns, Paul 105  
  
 Kautsky, Karl 46  
 Knief, Johann 59, 74, 80  
 Kraus, Karl 55, 74  
  
 Landsberg, Otto 14, 96  
 Lange, Paul 17, 81 f.

Ledebour, Georg 40, 49, 85, 91, 98,  
 100, 104  
 Legien, Carl 23  
 Leinert, Robert 64 f.  
 Lenin, Wladimir Iljitsch 57, 67, 69  
 Lequis, Arnold 50, 73, 76  
 Lessing, Gotthold Ephraim 22  
 Leu, Käthe 68  
 Levi, Paul 16 ff., 22, 26, 30, 47, 54,  
 58, 67, 74, 81 f., 88, 90, 92, 97,  
 103 f.  
 Liebknecht, Karl 12, 14, 16 f., 25,  
 27 f., 30, 35, 39, 44, 53, 59 ff.,  
 65, 69 f., 72, 76 f., 81 f. 85 ff.,  
 90 f., 94, 96 ff., 101–104  
 Liebknecht, Sophie 74, 86  
 Liebknecht, Wilhelm 53  
 Liepmann, Rudolf 104  
 Löbe, Paul 10, 12, 80  
 Ludendorff, Erich 4  
  
 Maercker, Georg 94  
 Mann, Heinrich 55  
 Marchlewski, Julian 76  
 Marcusson, Familie 104  
 Marx, Karl 23, 85

Mehring, Franz 17, 27, 35, 69  
Meyer, Ernst 16f, 20, 90, 100  
Minster, Carl 80  
Müller, Richard 13f., 18, 20, 63f.,  
85, 91  
Münzenberg, Willi 65, 70  
  
Nestriepke, Siegfried 23  
Noack, Klara 68  
Noske, Gustav 80, 92ff., 96f., 102  
  
Pabst, Waldemar 50, 104  
Pflugk-Hartung, Heinz von 104  
Pflugk-Hartung, Horst von 104  
Pieck, Wilhelm 17, 39, 81, 90f., 96,  
103  
  
Radek, Karl 52, 67f., 74, 82, 97  
Radtke, Fritz 50  
Rakowski, Christian 52  
Reuter, Ernst 67, 88  
Ritgen, Ulrich von 104  
Rosenbaum, Marta 89  
Rosenfeld, Kurt 40, 88f.  
Rühle, Otto 82  
Runge, Otto 104

Sachsen-Coburg, Carl Eduard  
Herzog von 21  
Scheidemann, Philipp 12, 14, 30,  
54, 57, 59, 77, 92, 94ff., 98,  
102, 104  
Schlich (Familie) 12  
Schliestedt, Heinrich 68  
Scholze, Paul 104  
Simon, Hugo 88  
Solf, Wilhelm 37  
Souchon, Herrmann 104  
Spiro, Kurt 47  
Stadtler, Eduard 44  
Stephani, Franz von 99  
Stiege, Heinrich 104  
Stinnes, Hugo 23  
Ströbel, Heinrich 88  
  
Thalheimer, August 17, 35, 104  
Tost, Otto 21  
Tucholsky, Kurt 38, 87  
  
Unfried, Emil 69  
  
Vogel, Kurt 104

Wagner, Richard 22  
Walcher, Jakob 81  
Waldeck-Pyrmont,  
    Fürst Friedrich von 21  
Walecki, Henryk 28, 33  
Warski, Adolf 42  
Wels, Otto 26, 47, 55, 73, 79  
Wermuth, Adolf 50  
Westarp, Kuno Graf von 33  
Wieczorek, Paul 18, 21  
Wilhelm II. (Kaiser) 12  
Wilhelm II. (König von Württem-  
    berg) 43  
Wissell, Rudolf 80, 96  
Wolff, Theodor 13, 24  
Wolff-Metternich zur Gracht,  
    Hermann-Joseph Graf 50  
Wolfstein, Rosi 81, 88  
  
Zetkin, Clara 22, 24, 27, 35,  
    39–42, 69f., 76f., 100  
Zietz, Luise 30, 40

## **Impressum**

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISBN 978-3-948250-19-5 · Redaktionsschluss: September 2020

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100% Recycling

«Ich habe manchmal das Gefühl, ich bin gar kein richtiger Mensch, sondern auch irgendein Vogel oder ein anderes Tier in mißlungener Menschengestalt; innerlich fühle ich mich in so einem Stückchen Garten wie hier oder im Feld unter Hummeln und Gras viel mehr in meiner Heimat als – auf einem Parteitag. Ihnen kann ich ja wohl das alles ruhig sagen: Sie werden nicht gleich Verrat am Sozialismus wittern. Sie wissen, ich werde trotzdem hoffentlich auf dem Posten sterben: in einer Straßenschlacht oder im Zuchthaus. Aber mein innerstes Ich gehört mehr meinen Kohlmeisen als den «Genossen»».

Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis Wronke  
an Sophie Liebknecht, 2. Mai 1917

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

